Nr. 19 / Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Freitag, den 23. Januar 1925

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit." Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Hara 42/44, Hofgebäude zwei Treppen. Fernsprech-Anschluß 4667 Berlin. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Einsendung, 2,30 Mark mit Bestellgeld, am Postamt abonniert 2,40 Mark. Anzeigenpreis 10 Pfg. im Anzeigen- und 50 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Hara 42/44. Fernruf 4605. — Zweigstelle: Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319 Erfurt

Luthers Mannschaft.

Hermann Müller: „Wir zeigen, daß wir das stärkste Mißtrauen haben, daß wir den Trennungsstrich zwischen uns und dieser Regierung ziehen."

Die Billigungsformel angenommen.

SPD. Der Reichstag nahm am Donnerstagabend die Billigungsformel für die Reichsregierung mit 246 gegen 160 Stimmen bei 39 Enthaltungen an.

Alle Welt wird sich fragen: Ist das die Regierung mit der „großen parlamentarischen Mehrheit", von der Dr. Luther in diesen Tagen wiederholt gefaselt hat und mit der er am Mittwoch gewissermaßen den Sinn der letzten Regierungskrise begründete? Kaum die Hälfte der den Reichstag bildenden 493 Abgeordneten hat ihre Stimme für Dr. Luther abgegeben, nicht einmal eine absolute Mehrheit vermochte er auf sich zu vereinigen. Wäre die Begründung des neuen Reichskanzlers von vorgestern für die Bildung einer Rechtsregierung ehrlich gewesen, dann müßte er jetzt nach vollzogener Abstimmung sein Amt in die Hände des Reichspräsidenten zurückgen. Aber die Begründung vom Mittwoch ist genau so faul wie die „große Mehrheit" und die von der neuen Regierung beabsichtigte Politik.

Erst das Abstimmungsergebnis zeigt, in welchen Undankbarkeit sich Zentrum gegenüber seinem „bewährten Führer" Marx gehandelt hat und wie leichtfertig die letzte Regierungskrise heraufbeschworen worden ist. Als Marx Anfang Juni mit seinem zweiten Kabinett vor den Reichstag trat, fand seine Erklärung nach erfolgter Debatte am 7. Juni eine Billigung mit 247 gegen 188 Stimmen. Der Reichstag zählte damals insgesamt 472 Abgeordnete, so daß also Dr. Marx 11 Stimmen über die absolute Mehrheit erhielt, während dem neuen Reichskanzler noch nicht einmal die einfache absolute Mehrheit beschieden wurde. So ergibt sich, daß die „große parlamentarische Mehrheit", von der die Rechtsparteien fortgesetzt schwätzen und mit der sie ihre letzte Regierungskrise begründen, in Wirklichkeit überhaupt keine Mehrheit und im Vergleich zu der am 7. Juni 1924 für Dr. Marx abgegebenen Vertrauenserklärung eine ausgesprochene Minderheit ist. Parlamentarisch gesehen steht also die jetzige Regierung viel schlechter da als das Kabinett Marx. Sie besitzt nicht einmal das volle Vertrauen der sie jetzt stützenden Parteien, während man von der Regierung Marx im allgemeinen das Gegenteil behaupten kann. Die Abstimmung vom Donnerstag wird so zu einer schweren Anklage gegen die Deutsche Volkspartei, die das Kabinett Marx gestürzt hat. Sie bestätigt darüber hinaus die Leichtfertigkeit, mit der unsere sogenannten Volksparteien in Deutschland Politik treiben und rechtfertigt unseren fortgesetzten Vorwurf, daß nicht der Wille zu einer Mehrheitsbildung, sondern nackte Klasseninteressen den Sturz der Regierung Marx herbeigeführt haben.

* * *

Deutscher Reichstag.

Die Donnerstagsitzung wurde von dem deutschnationalen Vizepräsidenten Gräf eröffnet. Er teilt mit, daß der Protest gegen den Ausschluß des kommunistischen Abgeordneten Dr. Schwarz zu spät eingegangen ist, so daß er nicht mehr allen Abgeordneten zu Beginn der Sitzung vorgelegt werden konnte.

In der dann fortgesetzten Besprechung der Regierungserklärung nimmt das Wort

Abg. Hermann Müller-Franken (Soz.):

Der Reichskanzler hat sich in seiner ersten Rede am Montag an alle Parteien gewandt, die bereit seien, in staatsbejahender Gesinnung praktisch mitzuarbeiten. Gestern meinte der Reichskanzler, die Ausführungen meines Freundes Breitscheid, insbesondere über die Außenpolitik, ließen ihn glauben, daß auf diesem Gebiet auch die Sozialdemokratische Partei mitarbeiten könnte. Der Reichskanzler hat ja erklärt, daß diese Regierung kein Kampfkabinett gegen die Linke sei. **Wie kann er damit die Rede des Abgeordneten Graf von Westarp vereinbaren, die eine einzige Kampfansage gegen die Sozialdemokratische Partei war, gesprochen von dem Vertreter der größten Regierungspartei?** (Lebh. Zustimmung links.) Westarp hat gesagt, daß im Reich und in Preußen die Sozialdemokraten aus allen Machtpositionen herauskommen sollen. Er hat ganz deutlich erklärt, daß es ihm und seiner Partei darauf ankommt, wieder den alten Kastenstaat zu errichten, den wir unter Wilhelm II. gehabt haben — den Staat, in dem auch die Beamten lediglich aus privilegierten Schichten genommen und, um mit Bismarck zu sprechen, in den Ochsentrab der Bureaukratie eingestellt wurden.

Wir müssen so schnell wie möglich im Etat wieder zu normalen Zuständen kommen. Das Budgetrecht ist das Kernrecht jedes Parlaments. Es geht nicht an, daß das Budgetrecht beeinträchtigt wird durch die Anwendung des Art. 48 der Verfassung. Zwar ist das nur geschehen zur Auslegung gewisser Verordnungen und zur Herabsetzung gewisser Steuern, aber schließlich könnte man ebenso gut auch Steuern damit erhöhen. Gegen diese Methode wenden wir uns in Uebereinstimmung mit den Ländern: **Dieser mißbräuchlichen Anwendung des Art. 48 muß ein Riegel vorgeschoben werden,** nicht nur für das Budgetrecht, sondern auch auf anderen Gebieten. Wir haben schon im vorigen Reichstag den Antrag eingebracht, daß unverzüglich das Ausführungsgesetz zum Art. 48, welches in der Verfassung versprochen ist, vorgelegt werde. Wir werden auf der Beratung dieses Antrages bestehen und hoffen, daß die Deutschnationalen da mit uns zusammengehen, denn wenigstens solange sie Opposition waren, haben sie diese Auffassung vertreten. **Nachdem die Währung stabilisiert ist, müssen wir auch geordnete Rechtsverhältnisse bekommen.**

Wir sind bereit, mit Graf Westarp für eine auskömmliche Bezahlung der Beamten einzutreten. Wir nehmen an, er wird bereit sein, **mit uns das Besoldungsunrecht des letzten Frühjahrs wiedergutzumachen.** Eine **bessere Entschädigung der Kriegsopfer** hat unser Kollege Rossmann schon vor der Regierungsbildung hier gefordert. Auch da sind wir bereit, mit allen Parteien zusammenzuwirken, die etwas für die Kriegsopfer tun wollen.

Die deutsche Wirtschaft muß endlich Klarheit in der Aufwertungsfrage haben. Unsere Parteifreunde haben schon im Aufwertungsausschuß einen dahingehenden Antrag der Deutschnationalen unterstützt, und **wir haben einen grundsätzlichen Aufwertungsantrag eingebracht. Wir werden sehen, was dazu die Wirtschaftskreise sagen, insbesondere jene, die den Wahlfonds der Rechtsparteien mit 2 Mk. pro Arbeiter gespickt haben.** (Sehr gut! links.)

Der Reichskanzler hat für sich in Anspruch genommen, daß er die Politik der vorigen Regierung weitertreibe. Aber Graf Westarp bezeichnete die neue Regierung als einen Wendepunkt in der Politik, und gleichzeitig nannte er die Regierung Marx die Regierung einer vollendeten Ahnungslosigkeit, d. h. jene Regierung, in der der jetzige Reichskanzler Reichsfinanzminister war, jene Regierung, die die Verhandlung in London geführt und die Dawes-Gesetze im Deutschen Reichstag mit Hilfe der Deutschnationalen durchgesetzt hat, das zweite Versailles, um mit Helfferich zu reden. Ich glaube, daß die Kritik des Grafen Westarp gegen die vergangene Regierung gewissermaßen auch eine Richtschnur für die neue Regierung sein sollte. Wir haben bedauert, daß die Regierung Marx ihre Mitarbeit an der Befriedung Europas nicht dadurch krönen konnte, daß sie den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bewerkstelligte. (Sehr gut! links.) Ich fürchte, wir werden auch diesen Schritt tun, wenn es zu spät sein wird. Meine Partei tritt nach wie vor dafür ein, daß der Eintritt sobald wie möglich erfolgt. Den Sitz im Völkerbundsrat haben uns alle Mächte zugestanden. Der Artikel 16 verliert seine Schärfe in dem Augenblick, wo Deutschland selbst im Rat sitzt. Ich bin überzeugt, daß bei gewissen Amtsstellen **nicht die wahren Gründe für den Nichteintritt angegeben werden. Wir werden eine solche Politik nicht mitmachen.** Ich bin überzeugt, daß Widerstände, die noch vorhanden sein sollten, zu überwinden sind und daß im Gegenteil der Eintritt der deutschen Republik in den Völkerbund den Eintritt der Sowjetrepublik nach sich ziehen wird, so daß ganz Europa im Völkerbund vereinigt wäre.

Dem Rheinland und dem Ruhrgebiet ist mit irgendwelcher Kraftmeierei nicht gedient; Rheinland und Ruhrgebiet wollen so bald wie möglich befreit sein, und das kann nur erreicht werden durch eine Politik der Verständigung, die jede Revanchepolitik abschwört. Das Zentrum sollte sich daraufhin seine Betigenossen in der neuen Mehrheit genau ansehen. (Heiterkeit links.) Der deutschnationale Abgeordnete v. Freytagh-Loringhoven sagt in seinem Buch über die Weimarer Verfassung, **der Tag werde kommen, an dem das deutsche Volk die Schmach von Versailles mit seinem Blut wieder abwasche,** und dann werde es sich auch von der Weimarer Verfassung trennen. (Abg. Scheidemann [Soz.]: Das ist ja ein feniler Schwätzer! — Lebh. Zust.) Und der deutschnationale Abgeordnete Schlange-Schöningen, der nach der „Deutschen Tageszeitung" mit dem deutschnationalen Abgeordneten Gott-sei-Dank nicht verwechselt werden will, hat im Sommer eine Rede gehalten von dem siegreichen deutschen Heer, das unter schwarzweißroten Fahnen nicht mehr als Heer der deutschen Republik, sondern mit dem deutschen Kaiser an der Spitze zurückkehren werde. Ich glaube, **Herr v. Graefe wird noch lange um den Kyffhäuser herumkrächzen können** (lebhafte Heiterkeit), **bis das zur Wahrheit wird.** Aber ich begreife nicht, wie Graf Westarp angesichts solcher Aeußerungen seiner Parteigenossen uns Vorwürfe machen kann, daß wir mit einer solchen Außenpolitik nicht auf den gleichen Boden treten wollen. Das wäre ja dasselbe, wie wenn wir mit dem Professor Roethe auf einen Boden treten wollten, **einem der einfältigsten Schwätzer, der in Deutschland herumläuft.** (Lebhafte Zustimmung.) Wir werden diese gemeinsame Front auch nicht mitmachen können mit den Vaterländischen Verbänden, die Graf Westarp als so harmlos hingestellt hat. **Ich mußte dabei denken an die harmlosen Schulz und Tillessen, die Erzberger ermordet haben.** (Widerspruch rechts.) **Es ist wohl überhaupt nicht wahr, daß Erzberger ermordet wurde. Auch an die harmlosen schwarzweißroten Rathenau-Mörder. Man kann uns doch nicht zumuten, mit solchen Kreisen gemeinsam Außenpolitik gegenüber England und Frankreich treiben zu können.**

Herr Dr. Luther hat sich auch mit der Frage der Zeitfreiwilligen befaßt. Mein Freund Breitscheid hat nichts mitgeteilt, was nicht alle Welt bereits weiß. Es sind eine Reihe von Landesverratsprozessen gegen die sozialdemokratische Presse angestrengt worden, obgleich diese Frage auch in den Organen der studentischen Vereinigungen behandelt worden ist. Im übrigen haben wir eine Interpellation dazu eingebracht. Ich enthalte mich deshalb vorläufig weiterer Ausführungen. Wir werden das Notwendige dazu noch zu sagen haben. Wir werden alle Korruptionserscheinungen bekämpfen, ohne Unterschied der Person, der Partei aber auch der Familienbeziehungen. Die ganze Kampagne, die jetzt in Verbindung mit den Finanzskandalen begonnen worden ist, kann nur verstanden werden von dem Gesichtspunkt der Vorbereitung der Wahlen für den Reichspräsidenten. Die Sozialdemokratische Partei soll diskreditiert werden, der Magdeburger Prozeß eine Fortsetzung erfahren. **Glauben Sie wirklich, daß uns diese Kampagne etwas schaden an?** Sehen Sie sich doch das Ergebnis der Landtagswahl in Lippe-Detmold vom letzten Sonntag an, **wo wir seit dem 7. Dezember 2600 Stimmen zugenommen haben,** trotz der unglaublichen Schmähungen gegen unsere Partei. Der hier eingebrachte Antrag spricht besonders von der Korruptionsaffäre Kutisker. Diese Affäre könnte mit allen bürgerlichen Parteien in Zusammenhang gebracht werden. Ich erkläre grundsätzlich für meine Partei, daß wir zur strengsten Untersuchung darüber beitragen werden, welche Kredite von den öffentlichen Institutionen gegeben wurden und die heute noch nicht zurückgezahlt wurden. An Kutisker sind im Mai vorigen Jahres 34 Millionen Mark Kredit gegeben worden. 19 Millionen wurden in bar abgedeckt, 15 Millionen hat die Preußische Staatsbank übernommen. **Es steht fest, daß die daran beteiligten Beamten der Staatsbank sämtlich dem alten Regime entstammen, und der verantwortliche Minister ist der Deutschvolksparteiler von Richter.** Was den Fall Barmat anbelangt, so hat der Abgeordnete Heilmann am 8. Dezember bei dem preußischen Finanzminister angefragt, ob ihm bekannt sei, daß die „Rote Fahne" über Unregelmäßigkeiten berichtet habe. Noch am 16. Dezember hat der preußische Finanzminister erklärt, daß die vorgenommene Prüfung ergeben habe, daß alles in Ordnung sei. Die Art, wie dann diese Kampagne politisch aufgezogen worden ist, wird noch genauer untersucht werden müssen. Wir haben keine Ursache irgend etwas zu verschweigen oder zu verhüllen.

Die „Deutsche Tageszeitung" hat am 2. Januar behauptet, daß Barmat die Revolution finanziert habe. Dann ist Barmat wohl auch am Verlust des Krieges schuld. Dann war er es wohl, der Ludendorff in den Rücken gestoßen hat. Zwei Dinge sind es,

Das Kabinett Luther . . .

als Hüter „unserer auf christlicher Grundlage erwachsenen Kultur".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250123-13/fragment/page=0001

die Barmat vorgeworfen wurden: 1. daß er Ostjude sei, 2. daß er zu den Schiebern gehöre. Wenn Sie die Parteien untersuchen würden, die noch niemals mit Ostjuden in Verbindung gestanden haben, dann werden Sie in diesem Hause wohl überhaupt keine finden. In Verbindung mit Barmat ist auch mein Name genannt worden. Zuerst damals, als ich in einer Interpellation die Schiebungen des Prinzen Eitel Friedrich erwähnte, der ja später wegen Kapitalsverschiebung auch mit 5000 Mark bestraft worden ist. Ein Jahr später ist Barmat von der „Kreuz-Zeitung“ der „Deutschen Tageszeitung“ der Schiebung beschuldigt worden. Die „Kreuz-Zeitung“ hat allerdings sofort den Rückzug angetreten, als Barmat ihr eine Berichtigung zuschickte. Sie hat aber behauptet, daß zwischen mir und Barmat Beziehungen beständen. Darauf habe ich dem Blatte sofort eine Erklärung zugeschickt, daß nicht die geringsten geschäftlichen Beziehungen zwischen mir und Barmat bestanden hätten. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat diesen Rückzug erst vor dem Schöffengericht angetreten. Der Chefredakteur des innenpolitischen Teils hat einen Vergleich annehmen müssen, indem er die Beleidigungen gegen Barmat zurücknahm und sich zur Zahlung sämtlicher Kosten verpflichtete.

Ich stelle im übrigen fest, daß keiner der Barmat Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist, daß sie weder dem „Vorwärts“ noch der sozialdemokratischen Presse noch irgendeiner anderen Institution irgendwelche Zuwendungen gemacht haben. Mit einer einzigen Ausnahme. Sie betrifft ein kleines, inzwischen eingegangenes Blatt, das einmal 1500 Mark erhalten hat. (Als der Abg. Henning fortwährend Zwischenrufe macht, ruft Müller ihm zu: Wir sind nicht so hinter Subventionen her wie der Badedirektor von Borkum!) Die Art, wie der Abgeordnete Graefe hier aufgetreten ist, und mit Material gedroht hat, das er angeblich gegen uns besitze, erinnert an den Fall Ahlwardt mit seinen „Judenflinten“. Alte Parlamentarier haben mir erklärt, daß bisher ein solcher Fall noch nicht dagewesen sei, in dem ein Abgeordneter mit ungeladenem Revolver auf der Tribüne hantiert habe. Herr Graefe sollte nicht soviel von der Pleite der Republik reden, er solle lieber an die Pleite der völkischen Bewegung denken und sich daran erinnern, was Dr. Dinter über seine eigenen Parteigenossen berichtet hat. Denken Sie daran, daß selbst Herr Stresemann in einer Rede ausführte, daß diese Affären nicht eine Folge der Revolution, sondern des Krieges seien. Erinnern Sie sich an den deutschnationalen Abgeordneten Lambach, der auf dem Deutschnationalen Handlungsgehilfentag im Jahre 1919 gleichfalls ausführte, daß die Korruption nur eine Kriegsfolge sei. Denken Sie daran, was Dr. Heim im Jahre 1917 über die Korruption ausgeführt hat, die in Industrie und Handel während des Krieges herrschte. Wenn Graefe von Korruption spricht, dann muß er sich zunächst an die eigene Partei halten. Ich denke nicht einmal an den deutschvölkischen Bankier Bruß, gegen den 1100 Strafanträge vorliegen. Herr Dr. Dinter hat am 7. November im „Bürgerbräukeller“ dargelegt, welche Streberei, Verräterei, Korruption in der völkischen Bewegung herrsche. Die Bayerische Volkspartei hat während der Wahl eine Broschüre herausgegeben, die sich gleichfalls mit der Korruption im völkischen Lager befaßt. In einer Broschüre der Bayerischen Volkspartei von Dr. August Gustav Feder finde ich die Behauptung, daß Adolf Hitler in Berchtesgaden an Sektgelagen teilgenommen und Anschluß bei schönen Frauen gesucht hat. (Große Heiterkeit.) In dieser Broschüre wird auch der Brief eines hervorragenden Nationalsozialisten an Ludendorff veröffentlicht, in dem es heißt: „Ich bitte Eure Exzellenz dringend, nicht jedem dummen Jungen eine Vollmacht zu geben; es gibt da allerhand zweifelhafte Elemente, die sich deutschvölkisch gebärden und sich dabei auf ein Schreiben Eurer Exzellenz berufen.“ (Große Heiterkeit. — Andauernde Zurufe der Völkischen: Die Antwort kommt schon!) Ich glaube, Herr Henning wird genug zu tun haben, um das Material zu widerlegen, das ich vorgebracht habe. Ich weiß nicht, ob Dr. Luther großen Wert darauf legt, daß ihm gerade diese Partei nicht das Mißtrauen ausspricht. (Sehr gut! links.)

Der Abgeordnete Scholz von der Deutschen Volkspartei hat gestern gesagt, dieses Kabinett sei keine Bürgerblockregierung. Ich bin bereit, mich mit Herrn Scholz darüber zu verständigen, denn die Demokraten stehen außerhalb dieser Verbindung; das Zentrum ist mit den Füßen drinnen, der Kopf guckt heraus und das Herz ist nicht dabei. (Stürmische Heiterkeit.) Wenn nur das Zentrum nicht kalte Füße bekommt. (Erneute, lebhafte Heiterkeit.) Ich glaube, es ist viel richtiger, wenn wir sagen, dieses Kabinett ist eine Rechtsregierung. (Sehr wahr! links.) Das deutsche Volk wird vom ersten Tage an wissen, daß die Rechtsparteien verantwortlich sind dafür, daß diese Regierung gekommen ist, und dafür, was diese Regierung tut.

Der Reichskanzler hat gestern gesagt, die Außenpolitik bis London ist gedeckt von der Sozialdemokratischen Partei; aber dann galt es, die Folgen auf innenpolitischem Gebiete zu ziehen, d. h. in gemeinverständliches Deutsch übertragen: die Lastenverteilung soll lieber vorgenommen werden, ohne daß die Sozialdemokraten dabei sind. Dazu wollte der Reichskanzler die Deutschnationalen in seiner Regierung haben. Dazu braucht er rechtsgerichtete Beamte, die in ihren Mußestunden Uebungen veranstalten, wie man frei seine Meinung äußern kann, ohne dem Chef weh zu tun, der die Agitation gegen die Regierung nicht gern sieht. (Sehr gut! links.) Aber es scheint, daß diese seminaristischen Uebungen (Große Heiterkeit) auch im Kabinett vorgenommen wurden, denn sonst wäre es unverständlich, wie der Reichskanzler gestern zum Schluß den einmütigen Kabinettsbeschluß vorbringen konnte, daß die Staatsform nicht geändert werden soll. (Lebh. Heiterkeit.) Erlauben Sie mir die Frage, in welchen Zwischenräumen dieser Beschluß wiederholt werden soll. Vielleicht kommt in den nächsten vierzehn Tagen oder vier Wochen wieder eine Anregung dazu aus dem Schoß der Kabinetts oder seiner Mehrheit. Schon, daß dieser Beschluß gefaßt werden konnte, zeigt, daß die Republikaner gegenüber dieser Regierung zur höchsten Wachsamkeit verpflichtet sind. Die höchste Wachsamkeit ist aber tiefes Mißtrauen, und das sprechen wir auch aus. Besonders auch darum, weil uns die innenpolitischen Erklärungen des Reichskanzlers in keiner Weise befriedigt haben. Graf Westarp hat die Frage aufgeworfen, ob wir das Recht haben, im Namen der deutschen Arbeiter zu sprechen. Nun, wenn die von Graf Westarp geforderte tatkräftige Agrarpolitik, d. h. die Lebensmittelzölle, kommen, dann werden Sie sehen, ob wir im Namen der deutschen Arbeiter sprechen können. Wenn der Mieterschutz abgebaut werden soll, der sogar im siegreichen England nicht beseitigt ist, dann werden Sie sehen, ob wir im Namen der deutschen Arbeiter sprechen können, und Sie werden es auch sehen, wenn die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zu beschließen ist, die der Arbeitsminister Brauns mit den Arbeitsministern von Belgien, Frankreich und England schon vereinbart hat. Wir sind Opposition, aber wir werden, wie wir schon seinerzeit gegenüber dem Kabinett Fehrenbach erklärten, nicht vergessen, was wir auch als Opposition dem republikanischen Staate schuldig sind, an dessen Entstehen und Aufbau wir so tatkräftig mitgearbeitet haben. (Höhnische Zurufe äußerst rechts und von den Kommunisten.) Wir bekämpfen diese Regierung, von der wir nicht überzeugt sind, daß sie die innere Bereitwilligkeit hat, nach innen demokratisch und republikanisch zu regieren und nach außen Verständigungspolitik zu treiben. Darin liegt auch unser Gegensatz zum Zentrum, mit dem wir solange gearbeitet haben. (Anhaltendes Geschrei der Kommunisten.) Die Erklärung des Zentrums, die Herr Fehrenbach verlesen hat, bestand aus 5 Prozent Vertrauen, 45 Prozent Mißtrauen und 50 Prozent Wasser. (Heiterkeit.) Wir wollen nicht wie das Zentrum der Regierung Gelegenheit geben, mit der Arbeit zu beginnen, sondern wir zeigen, daß wir das stärkste Mißtrauen haben, daß wir den Trennungsstrich zwischen uns und dieser Regierung ziehen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Behrens** (Dn.): Die neue Regierung verfügt über eine feste Mehrheit. Sie stützt sich zwar nicht auf eine feste parlamentarische Koalition, aber das ist vielleicht ihre Stärke. In den christlichen Gewerkschaften arbeiten wir mit Zentrumsvertretern so gut zusammen, daß wir auch auf eine politische Zusammenarbeit in der neuen Regierung rechnen.

Abg. **v. Kardorff** (DVp.) bestreitet entschieden, daß die Deutsche Volkspartei die letzte Regierungskrise verschuldet habe. Uns fehlt im parlamentarischen Tone die Selbstzucht, die dem Parlamentarismus Englands eigen ist. Wir leben in nachrevolutionären Zeiten. Das ist die Erklärung für die Bitterkeit, mit der sich hier die Parteien gegenüberstehen. Wir sollten aber in allen Parteien zu der Selbstdisziplin kommen, die erst eine gute parlamentarische Arbeit ermöglicht. (Beifall.)

Abg. **Schneller** (Komm.) verlangt Amnestie für die politischen Gefangenen. Alle Parteien seien bemüht, den Barmat-Skandal zu vertuschen, auch die Deutschnationalen mit Rücksicht auf Hugenberg.

Abg. Dr. Haas (Dem.):

Wir Demokraten haben keine Sehnsucht gehabt, in dem neuen Kabinett vertreten zu sein. Wenn das parlamentarische Vertrauen dasselbe wäre wie das Vertrauen im bürgerlichen Leben, dann würde der Reichskanzler höchstens von der Volkspartei ein Vertrauensvotum erhalten, von keiner anderen Partei, auch nicht von denen, die hinter seiner Regierung stehen. Nicht nur die Erklärung des Zentrums, sondern auch die Rede des Grafen Westarp war von einem erheblichen Maß von Mißtrauen erfüllt. Vielleicht werden die Deutschnationalen in den nächsten Wochen von uns lernen können, wie man sachlich und objektiv Opposition macht. Die bisher von den Deutschnationalen getriebene Opposition war keine sachliche und keine nationale. (Sehr wahr! links.) In Deutschlands gegenwärtiger Lage ist die Außenpolitik wichtiger als die Innenpolitik. Der Reichskanzler will die Außenpolitik des Kabinetts Marx fortsetzen. Das ist auch die Außenpolitik des Kabinetts Wirth und Rathenau. Die Sozialdemokraten habe diese Außenpolitik unterstützt, die Deutschnationalen haben sie in schärfster Weise bekämpft. Nun holt man die Feinde dieser Politik in die Regierung und stößt die Freunde zurück. Wenn wir die Staatsautorität schützen wollen, dann kann das nur durch Republikaner geschehen. Dr. Neuhaus hat seinerzeit den Eid auf die Republik verweigert. Warum hat er ihn jetzt geleistet? Wäre er mir nicht aus seiner Haltung beim Kapp-Putsch als durchaus treuer Beamter bekannt, so hätte ich dafür nur die Erklärung: Ich leiste den Eid auf die Republik, um der monarchistischen Bewegung besser dienen zu können. So aber kann ich nur annehmen, daß er in der Zwischenzeit begriffen hat, daß das deutsche Volk nur auf dem Boden der Republik gerettet werden kann. (Minister Dr. Neuhaus nickt.) Wir wissen, wie viele höhere Beamte die republikanischen Beamten behandeln. Die Ernennung von Dr. Neuhaus wird von den Republikanern aller Fraktionen als eine schwere Provokation betrachtet. (Beifall links.) Die Deutschnationalen haben immer Fachmänner für die Ministerposten verlangt. Seit der Revolution haben wir aber keinen Innenminister gehabt, der weniger sachliche Vorbildung mitbrachte als Herr Schiele. Die Deutschnationalen haben immer die Republik bekämpft, sie haben vor dem Kapp-Putsch ihre Verbeugung gemacht, der deutschnationale Vizepräsident weigert sich, dem Reichspräsidenten seinen Besuch zu machen. Die Deutschnationalen haben auch das Magdeburger Urteil begrüßt, daß die Ehre des Reichspräsidenten nicht herabsetzen kann, wohl aber das Ansehen der deutschen Justiz. (Abg. Schultz, Bromberg [Dn.]: Unerhört, daß ein Jurist so etwas sagt!) Die Deutschnationalen haben die Organisation Consul verteidigt, aus deren Reihen die Erzberger- und Rathenau-Mörder hervorgingen. (Abg. v. Graefe [Nsoz.]: Sie haben das Reichsbanner.) Herr v. Graefe, wir sind beide alte Soldaten, die sich nicht ungestraft beschimpfen und mißhandeln lassen. Da müssen Sie es verstehen, wenn die Republikaner — leider viel zu spät — sich zur Abwehr zusammenschlossen gegen die rechtsradikalen Organisationen, die eine Gefahr für Republik und Republikaner geworden waren. (Lebh. Zustimmung links.) Wir können der Regierung das Vertrauen nicht aussprechen. Wie wir das Mißtrauen, mit dem wir bis zum Hals erfüllt sind, formulieren, wird die Abstimmung nachher zeigen. Die Zugehörigkeit des Reichswehrministers Dr. Geßler zu diesem Kabinett kann eine Brücke zwischen den Demokraten und dem Kabinett nicht schlagen. Die Festigung der republikanischen Autorität ist die Vorbedingung des deutschen Ansehens im Auslande und die Voraussetzung jeder Ordnung im Innern. (Beifall links.)

Abg. **Hampe** (Wirtsch. Vgg.) spricht die Erwartung aus, daß der Innenminister Schiele für die niedersächsischen Wünsche mehr Verständnis zeigen werde als sein preußischer Kollege Severing.

Abg. Graf **Reventlow** (Nsoz.) protestiert dagegen, daß die von völkischer Seite herausgegebene Broschüre zur Barmat-Affäre auf Grund des Republikschutzgesetzes beschlagnahmt worden ist. Der betrügerische Bankier Bruß habe niemals der völkischen Partei angehört.

Damit schließt die Aussprache.

Es folgt dann die namentliche Abstimmung über den Billigungsantrag der Koalitionsparteien, deren Ergebnis wir bereits mitteilten.

Der Einspruch des Abg. Dr. Schwarz gegen seinen Ausschluß wird abgelehnt. — Gegen 7 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr.

Die Außenseiter.

Aus der Abstimmungsliste über das Billigungsvotum für Luther ergibt sich, daß vom Zentrum nur die Abgeordneten Wirth und Joos mit Nein gestimmt haben. Der übrige Teil des Wirth-Flügels ist der Abstimmung ferngeblieben. So die Abgeordneten Diez, Gerig, Giesberts, Hofmann (Ludwigshafen), Schlack, Tremmel und Frau Teusch. Von den Demokraten haben sich Dr. Schücking, Schuldt (Steglitz) und Korell an der Abstimmung nicht beteiligt, obwohl sie im Hause anwesend waren. Bei den Deutschnationalen fehlten u. a. Bazille und Professor Hoetzsch, bei den Völkischen Ludendorff.

*

Der Reichstagsausschuß für die Geschäftsordnung genehmigte die Einstellung gerichtlicher Verfahren, u. a. gegen die Genossen Schulz (Königsberg), Wendemuth, Peters und Schiller in Hannover.

Das Zentrum will Stresemann bekehren.

Berlin, 23. Januar. (Radiomeldung.)

Die „Germania“ faßt heute morgen in einem Artikel noch einmal all das zusammen, was das Zentrum aus seinen Erfahrungen der letzten Monate nicht vergessen will. Das Blatt unterstreicht noch einmal nachdrücklich die Verantwortung, die auf der Deutschen Volkspartei lastet für die lange Krisenzeit seit dem Mai vorigen Jahres. „Die Kabinettssprengungen, die sie im letzten Jahr vorgenommen hat, waren sachlich niemals berechtigt und bedeuteten jedesmal eine außerordentliche Gefahr für das ganze Reich. Die Deutsche Volkspartei hat für ihre Handlungsweise auch niemals überzeugende sachliche Gründe ins Feld führen können. Bei den Maiwahlen hatte sie in gefährlicher Weise mit der Deutschnationalen Volkspartei Abmachungen getroffen, deren Innehaltung ihr schließlich aus zwingenden politischen Gründen nicht möglich war.“

Die „Germania“ bezweifelt im übrigen, daß die Absicht der Deutschen Volkspartei gegenüber den Deutschnationalen auf die Dauer von Erfolg sein werde. „Die politischen Pflichten gegenüber dem Staate sind für die Deutschnationalen ganz andere, geradezu entgegengesetzte, wenn sie in der Regierung sind und wenn Sie außerhalb der Regierung stehen. Sie scheuen sich gar nicht, ihre doppelte Moral in dieser Beziehung frei zu vertreten. Und darum ist auch gar nicht gesagt, daß eine vorübergehende Mitwirkung der Deutschnationalen in der Regierung der Stärke dieser Partei notwendig Abbruch tun muß. Wir glauben ja nicht an eine anhaltende Bekehrung der Deutschnationalen, aber wir hoffen auf eine baldige Einsicht der Deutschen Volkspartei, deren Blick zu schärffen wir uns angelegen sein lassen werden.“

*

Wir sehen den Bekehrungsversuchen des frommen Zentrumsorgans mit Heiterkeit und Ruhe entgegen.

Heute Entscheidung.

Berlin, 23. Januar. (Soz. Presse-Dienst.)

Der Preußische Landtag hatte am Donnerstag eine kurze Kampfpause, einen Tag der Erholung, Sammlung und Vorbereitung auf die Kraftprobe der entscheidenden Abstimmung, die am Freitagmittag um 1 Uhr vor sich gehen soll. In der Sitzung wurden nur einige kleine Gesetzentwürfe erledigt.

Nach harmloser parlamentarischer Kleinarbeit kam plötzlich bei der Festsetzung für die Tagesordnung für die Freitagsitzung wieder der ganze Ernst der politischen Situation zutage. Mit Händen und Füßen wehrte sich die Rechte gegen jede feste Regelung der für heute vorgesehenen Abstimmung. Sie wollen bei der Entscheidung möglichst freie Hand haben und lehnten deshalb die vom Präsidenten vorgeschlagene Tagesordnung, in der bei der Abstimmung zunächst der kommunistische Mißtrauensantrag als der weitestgehende an die Reihe kommt, hartnäckig ab. Es schwant den Herrschaften nichts Gutes, und als Genosse Grzesinski beantragte, jede Abstimmung über einen der vorliegenden offenen und verkappten Mißtrauensanträge als besonderen Punkt der Tagesordnung zu betrachten, da gerieten die Herren auf der Rechten in Aufregung. Sie protestierten und erklärten, das widerspreche den Gepflogenheiten des Hauses, das sei etwas ganz Neues. Allein ihre Verwahrungen verfingen bei der Mitte und der Linken nicht. Es kam zur Abstimmung. Der Antrag Grzesinski wurde unter allgemeiner Spannung von der Mitte und der Linken, einschließlich der Kommunisten, angenommen. Dieser Ausgang der Abstimmung wirkte wie eine Sensation. Auf der Rechten saß man mit bekümmerten Mienen da, und trübe Vorahnungen wurden lebendig.

Der indirekte Mißtrauensantrag der Deutschen Volkspartei, der auf der Verfassungsstreitfrage beruht, ist bereits am Mittwoch dem Verfassungsausschuß überwiesen worden. Dieser hat sich am Donnerstag konstituiert und wird am 2. Februar mit der Beratung der volksparteilichen Anträge beginnen. Begräbnis erster Klasse?

Der „Vertrauens“-Antrag eines Mischmasches aus Völkischen und Deutschnationalen ist nichts anderes als ein übler parlamentarischer Wechselbalg, ein Scheusal an Verlogenheit, das am Freitag kurzerhand in die Wolfsschlucht geworfen werden dürfte.

Der deutschnationale Mißtrauensantrag will nur die drei Sozialdemokraten aus der Regierung beseitigen und bedeutet also ein indirektes Vertrauensvotum für die Zentrumsleute und die Demokraten in der Regierung. Können die Kommunisten für ein solches Vertrauensvotum stimmen? Werden sie aber überhaupt für den deutschnationalen Mißtrauensantrag zu haben sein, wenn ihr eigener Mißtrauensantrag, der die Große Koalition in Bausch und Bogen verdammt und der als erster zur Abstimmung kommt, bei den Deutschnationalen und den Deutschen Volksparteilern keine Gegenliebe findet? Auf alles Antippen der Kommunisten in dieser Richtung erklärten bis jetzt immer die Deutschnationalen: „Laßt uns, auf diesen Leim gehen wir nicht.“ Abgelehnt wird der kommunistische Mißtrauensantrag auf alle Fälle, da die Deutsche Volkspartei doch unmöglich ihre eigenen Minister vor versammelter Mannschaft ohrfeigen kann. Was soll da werden?

Haben sich die Intriganten und Schlaumeier auf der Rechten vielleicht in ein Labyrinth verrannt? War das Plänchen zu fein, zu schlau ausgedacht? Sind bei der Entscheidung über die heutige Tagesordnung vielleicht die Würfel schon gefallen? Der Aufmarsch der Gruppen ist abgeschlossen. Liegt nicht in dem Aufmarsch bereits die Entscheidung über die Abwicklung des Kampfes? Die Annahme des Antrag Grzesinski wurde auf der Linken mit Bravo, auf der Rechten aber mit Schweigen aufgenommen.

Wo sind die Siebentausend?

Eine Frage an die KPD.

Unter diesen beiden Ueberschriften schreibt der „Vorwärts“ in seiner Donnerstag-Abendausgabe:

Allgemeines Aufsehen hat es erregt, daß im Rechtsausschuß des Preußischen Landtags der Vertreter des Justizministeriums auf eine sozialdemokratische Anfrage, wie wir bereits mitteilten, die Erklärung abgab, daß sich in Preußen nicht siebentausend kommunistische politische Gefangene, sondern nach den vorliegenden Berichten der Strafanstaltsbezirke höchstens fünfhundert kommunistische politische Gefangene befinden. Selbst wenn man hierbei berücksichtige, daß zwei Bezirke noch nicht berichtet hatten, so sei doch eine wesentliche Erhöhung dieser Zahl ausgeschlossen. Da Preußen etwa zwei Drittel des Reichs umfaßt, so läßt sich auch nicht annehmen, daß die übrigen kleinen Bundesstaaten zusammen 6500 kommunistische politische Strafgefangene, also dreizehnmal soviel wie Preußen, hätten.

Auffälligerweise hat die „Rote Fahne“, die sonst so schnell mit Erklärungen bei der Hand ist, zu dieser Angelegenheit bis heute völlig geschwiegen. Es bleibt also die Frage bestehen: Wie kommen die Kommunisten zu der Zahl von 7000 politischen Gefangenen, mit der sie seit einem halben Jahre so ungeheure Propaganda treiben?

Es bestehen nur zwei Möglichkeiten: Entweder haben die Kommunisten ganz ungeheuerlich geschwindelt und die Zahl der wirklichen Gefangenen willkürlich mit zehn multipliziert. Oder aber sie haben über das, was politische Gefangene sind, ganz andere Begriffe als die übrige Mitwelt. Hier gibt vielleicht der Amnestieantrag, den die Kommunisten im Preußischen Landtag gestellt haben, einen Fingerzeig. Nach diesem Antrag sollen nämlich auch alle die Personen amnestiert werden, die gemeine Verbrechen — und zwar gleichgültig welcher Art und Schwere —, also auch Diebstahl, Raub, Erpressung, Mord usw. begangen haben, völlig amnestiert werden, wenn sie diese Verbrechen zur Zeit der Inflation oder als Arbeitslose begangen haben, „um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern.“

Danach würde es allerdings kaum einen einzigen Einbrecher, Gewohnheitsdieb, Raubmörder geben, der sich nicht diese Amnestie zunutze machen könnte. Offensichtlich aber haben die Kommunisten auch eine Anzahl tausend Menschen dieser Kategorie zu den „politischen“ Gefangenen gezählt, um die Zahl von siebentausend zu erreichen.

Statt Festung Gefängnis.

Aus der Praxis der Landesverratsprozesse.

Leipzig, 23. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Am Donnerstag fand vor der 5. Strafkammer des Landgerichts Leipzig unter Vorsitz des aus dem Zeigner-Prozeß bekannten reaktionären Landgerichtsdirektors Miaskowski die Berufungsverhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ Genossen Ernst Frenzel, statt. Als Verteidiger fungierte Genosse Dr. Levi (Berlin). Wegen einer Notiz in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 23. Mai 1924, die einen Auszug der Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Arzt in der Landtagssitzung vom 22. Mai 1924 enthielt und die überschrieben war: „Reichswehrminister Geßler und die Geheimverbände“, hatte das Schöffengericht Leipzig im Oktober vorigen Jahres den Genossen Frenzel zu 2 Monaten Festungshaft verurteilt. Dagegen wurde Berufung eingelegt, die am Donnerstag zur Verhandlung kam. Staatsanwalt Dr. Burschiaper beantragte, die Festungshaft aufzuheben und in eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten umzuwandeln. (!) Das Gericht verurteilte den Genossen Frenzel wegen Vergehen nach §§ 17, 18 des Pressegesetzes zu 4 Monaten Gefängnis und den Kosten. (!)

Das nennt sich Rechtsprechung!

Die bekannte Kutisker-Bank E. v. Stein hat den Konkurs anmelden müssen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621925012З-13/fragment/page=0002

Staatsanwalt auf höhere Weisung?

Heute Urteilsverkündung im Hermann-Prozeß.

Weimar, 23. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Im Berufungsprozeß des ehemaligen thüringischen Innenministers Genossen Hermann ging dieser am Donnerstag auf die Beschuldigung ein, die Akten im Fall Kopf beseitigt zu haben. Es handle sich um einige Akten gegen den früheren Regierungsrat Kopf, die von ihm gesondert aufbewahrt wurden, da es sich um Beschwerden handelte, die nicht ohne weiteres den Personalakten einverleibt werden konnten. Obwohl Hermann in dieser Angelegenheit in erster Instanz freigesprochen worden war, legte die Staatsanwaltschaft, anscheinend auf höhere Weisung, besonderes Gewicht auf nochmalige Aufrollung der ganzen Angelegenheit. Doch wurde dieses Aktenverfahren schließlich nach ausgiebiger Aussprache zwischen Verteidigung und Oberstaatsanwaltschaft abgetrennt. Von den Zeugen machte Ministerialrat Dr. Jahn bemerkenswerte Ausführungen. **Eine Urkunde sei nicht als gefälscht anzusehen, wenn sie an einem anderen Tage als dem der Zeichnung ausgestellt worden sei.** Die Vorschriften der Geschäftsordnung über Datierung von Urkunden sei überhaupt nur für den inneren Dienst bestimmt. Die so vorgenommenen Datierungen sollen keineswegs für die Unterzeichnung der Urkunde an dem angegebenen Tage die Autorität öffentlichen Glaubens erbringen. Der als Sachverständiger geladene Ministerialrat Brandt aus dem preußischen Innenministerium **ergänzte diese Ausführungen. Die Richtlinien der Geschäftsordnung eines Ministeriums seien nicht rechtsverbindlich, insbesondere könne der Minister selbst jederzeit von ihnen abweichen.** Selbstverständlich könne der Minister und der Staatssekretär auch selbst Entwürfe anfertigen und ohne den üblichen Weg zur endgültigen Regelung bringen. Er halte es zwar für nicht ganz korrekt, wenn das Ausfertigungsdatum und die tatsächliche Unterschriftsleistung in einem Aktenstück nicht übereinstimmen, doch seien **derartige Fälle im Reich und in den Ländern aus alter und neuer Zeit zahlreich bekannt.** In einem einstündigen Plädoyer legte der Oberstaatsanwalt seine Auffassung dar und beantragte für die Angeklagten die gleichen Strafen wie in der ersten Verhandlung. (1) Er begründete seinen Antrag genau wie damals: Anstellungsurkunden stellten eine erheblich rechtliche Tatsache dar und hielt den Nachweis für erbracht, daß eine falsche Beurkundung erfolgt sei. Er müsse deshalb gegen Hermann 1½ Monate Gefängnis, gegen Kunze 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und gegen die angeklagten Kreisdirektoren die alten Strafanträge erheben. Da nicht erwiesen sei, daß die Angeklagten aus unlauteren Motiven gehandelt hätten, seien die Gefängnisstrafen, ausgenommen bei Kunze, in Geldstrafen umzuwandeln. Die Verteidigung verwies auf die politischen Verhältnisse während der Regierungszeit Hermanns. Es könne dem Innenminister nicht zugemutet werden, sich um derartige Kleinigkeiten zu kümmern. Die Beweisaufnahme habe nicht ergeben, daß die Geschäftsordnung ein festes Datum bei Anstellungsurkunden gekannt habe. Er beantragte die Freisprechung. Das Urteil wird heute, Freitag, nachmittag verkündet werden.

Der Hamburger Oktober-Putsch.

Vor der Strafkammer.

Vor der Strafkammer des Hamburger Landgerichts begann am Donnerstagvormittag der Prozeß gegen eine Reihe bekannter Hamburger Kommunisten, die sich als Führer des Kommunistenputsches im Oktober 1923 zu verantworten haben. Angeklagt sind u. a. der Parteisekretär und frühere Lehrer Urbahns (M. d. R.), der Angestellte Rühl, der Staatsangestellte Levy, der Gastwirt Karl Köppen, die Redakteure Hermann Jensen und Richard Schaible und der Tischler Christian Frehde. Urbahns wird beschuldigt, durch Vorbereitung und leitende Beteiligung an dem hochverräterischen Hamburger Aufruhr die Verfassung des Deutschen Reiches und des Staates Hamburg gewaltsam zu stürzen versucht und durch Vermittlung und Beförderung von Nachrichten der damals verbotenen KPD. Vorschub geleistet zu haben. Die Angeklagten Jensen, Schaible, Frehde, Esser, Rühl, Levy und Köppen werden ebenfalls des Hochverrats beschuldigt.

Ueber die Vorgeschichte und über den Ausbruch des Putsches ist folgendes ermittelt: Während bis zum Juli 1923 die KPD. im wesentlichen propagandistisch auf den gewaltsamen Sturz der Regierung hingearbeitet hatte, wurde nach dem politischen Massenstreik im Juli 1923 der gesamte Parteiapparat auf die militärische Organisation und Mobilisierung der Massen eingestellt. **Von der Zentrale der KPD. war der Termin zum Losschlagen auf die erste Hälfte des November 1923 festgesetzt worden.** Infolge des drohenden Einmarsches der Reichswehr in Sachsen verlegte die KPD. aber den Kampfbeginn auf Oktober 1923 zurück und übermittelte entsprechende Befehle. Demgemäß brach dann am 23. Oktober der Kampf in Hamburg aus, nachdem **am Tage vorher bekannt geworden war, daß die Reichswehr in Sachsen einmarschiert sei. Inzwischen hatte die KPD. jedoch eine Konferenz nach Chemnitz** einberufen, die sich ursprünglich nur mit der wirtschaftlichen und sozialen Lage in Sachsen befassen sollte. Erst in der Nacht vorher wurde beschlossen, **auf dieser Konferenz das Losschlagen im ganzen Reiche zur Entscheidung zu bringen.** Deshalb wurden die Leiter und Führer aller größeren Orte nach Chemnitz berufen. Hamburg erhielt diese Einladung so spät, daß seine Vertreter, unter ihnen Urbahns, nicht mehr rechtzeitig zur Konferenz erscheinen konnten. Da auf dieser Konferenz keinerlei Stimmung für die sofortige Aufnahme des Kampfes vorhanden war, wurden alle Anträge auf Proklamierung des Generalstreiks und Kampfbeginns zurückgestellt und von der Zentrale noch im Laufe des 22. Oktober veränderte Befehle an die Bezirke und Ortsgruppen abgesandt. Der Kurier, der die veränderten Befehle nach Hamburg bringen sollte, kam aber einige Stunden zu spät. Bereits in der Frühe des 23. Oktober hatte **der Kampf in Hamburg mit Erstürmung einiger Polizeiwachen begonnen.** Der Hauptangeklagte Urbahns hat bisher erklärt, dem Ausbruch des Aufstandes am Morgen des 23. Oktober fernzustehen. Er will der Ansicht gewesen sein, daß das Unternehmen nicht zweckmäßig war und sich bemüht haben, abzublasen.

Die Verhandlung begann kurz vor 10 Uhr. Der Vorsitzende teilt mit, daß die ersten Zeugen für Donnerstag nächster Woche geladen sind. Trotzdem täglich von 9½ bis 4½ Uhr mit einer kurzen Mittagspause getagt werden soll, wird eine ganze Woche mit der Vernehmung der Angeklagten und mit der Verlesung einer Menge kommunistischer Literatur und 26 Leitartikeln der „Hamburger Volkszeitung" ausgefüllt werden. Zunächst wird der Angeklagte Jensen vernommen. Er erklärt, daß die Politik der KPD. im Jahre 1923 durchaus nicht in den Oktoberkampf ausmünden mußte. Sie bezweckte vielmehr die Verteidigung der Republik (1) gegen die Reaktion in Verbindung mit dem proletarischen Machtkampf. Im übrigen bekannte er sich zur Anwendung von Waffengewalt, hielt aber damals mit diesen Mitgliedern der KPD. die Dinge noch nicht reif. Von den Vorbereitungen und den bevorstehenden Ausbruch des Kampfes will er nichts gewußt haben, da dies nicht zu seinem „Ressort" gehört habe.

Nach der Mittagspause wurde der Redakteur Schaible vernommen, der erklärte, nur als Redakteur verantwortlich zu sein, aber nicht für den Oktoberputsch. Dann erfolgte die Vernehmung des Hauptangeklagten Urbahns. Er gab zunächst ein Bild vor seiner Entwicklung vom Bauernsohn über die Ausbildung auf einem preußischen Lehrerseminar und eine Kriegsfreiwilligenzeit bis zu dem — wie er sagte — „Berufsrevolutionär" unter Aufgabe seines Lehrerberufes. Für das, was ihm zur Last gelegt werde, sei er bereit, die politische Verantwortung restlos zu übernehmen. In einem längeren Vortrag versuchte er das Vorgehen der Kommunisten, den Staat gewaltsam zu stürzen, zu rechtfertigen.

Nach 2½stündigen Ausführungen wird Urbahns von dem Vorsitzenden mit der Frage unterbrochen, ob er noch längere Zeit zu sprechen gedenke. Als Urbahns das bejaht, wurden die Verhandlungen auf Freitagmorgen vertagt.

Ein Kollege Roethes.

Stettin, 22. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Der durchgefallene Spitzenkandidat der Völkischen Pommerns bei der letzten Reichstagswahl, Professor Bahlen, Prorektor der Universität Greifswald, ist jetzt vorläufig seines Amtes enthoben und ein Disziplinarverfahren gegen ihn angeordnet worden. Der Grund zu diesem Vorgehen gegen Professor Bahlen ist zunächst in seiner Rede in der „Stadthalle" von Greifswald zu suchen, in der er sich **schwere Beleidigungen seiner republikanischen Kollegen von der hiesigen Universität und des Reichspräsidenten erlaubte und die völkischen Studenten wegen ihres bewaffneten Aufruhrs am 4. August vorigen Jahres öffentlich lobte.** Ein weiterer Grund zum Einschreiten wird darin gesehen, **daß Bahlen am Verfassungstage entgegen der ministeriellen Anordnung die auf dem Universitätsgebäude aufgezogene Flagge niederholen ließ.** Daneben laufen allerdings noch Klagen gegen diese Leuchte der Wissenschaft wegen seiner ungemein niedrigen Agitation in der Dezember-Wahlbewegung.

Zerstörtes Kriegsschiff. Das britische Kriegsschiff „Monarch" von der Atlantischen Flotte ist am Mittwoch gemäß dem Washingtoner Abkommen über die Rüstungsbeschränkungen zur See bei den Scilly-Inseln zerstört worden. Es wurde zur Zielscheibe schwerer Schiffsgeschütze und eines Bombenangriffs aus der Luft gemacht.

Gegen den Rechtskurs. Der „Vorwärts" kündigt für den 27. Januar eine Kundgebung im Berliner Sportpalast „gegen den Rechtskurs" an, an der u. a. Reichstagsabgg. Crispien, Dr. Breitscheid, Müller-Franken und Scheidemann und der Reichstagspräsident Loebe das Wort ergreifen werden.

Der 1. März Totengedenktag.

Wie amtlich mitgeteilt wird, soll der 1. März 1925 als Gedenktag für die Opfer des Weltkrieges begangen werden. Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen gebeten, die erforderlichen Anordnungen zu treffen. Lustbarkeiten sollen an diesem Tage nach Möglichkeit unterbleiben, sämtliche öffentlichen und möglichst auch privaten Gebäude sollen halbmast flaggen. Die Veranstaltung von Feiern hat der Volksbund „Deutsche Kriegsgräberfürsorge" in die Hand genommen. Die kirchlichen Behörden haben ihre Mitwirkung zugesagt.

*

Wir haben gegen einen Gedenktag für die Opfer des Weltkrieges nichts einzuwenden. Die Beteiligung der Kirche aber, die in Jesu Christi Namen den Mordstahl segnete, der sich in die Brust von Millionen von Menschen gesenkt hat, und die heute wieder auf der Seite der Kriegshetzer steht, verbürgt keine würdige und angemessene Totengedenkfeier.

Aus aller Welt.

Landbundführer als Lebensmittelfälscher.

Frankfurt a. d. O., 22. Januar. (WTB.)

Wegen Nahrungsmittelfälschung (47 Prozent Wasserzusatz zur Milch) wurde vom hiesigen Nahrungsmittelamt Anzeige gegen den Führer des Fürstenwalder Landbundes, Landwirt Otto Kern, erstattet.

D-Zug-Räuber.

Bernburg, 22. Januar. (WTB.)

Der „Anhalter Kurier" meldet: Als gestern abend kurz nach ¾4 Uhr der Personenzug 570 Magdeburg—Erfurt die Station Sandersleben verließ, drangen in ein Abteil 2. Klasse drei Räuber ein, die den darin befindlichen Fahrgast vollständig ausplünderten. Sie zogen darauf die Notbremse, sprangen, als der Zug hielt ab und verschwanden in der Dunkelheit. Die sofort aufgenommene Verfolgung der Räuber ist erfolglos gewesen.

Millionenbeute aus der Tiefe des Meeres.

Wie aus Neuyork gemeldet wird, hat der englische Kapitän Leavitt eine Taucherausrüstung erfunden, die fähig ist, einen riesigen Wasserdruck auszuhalten, und die infolgedessen dem Taucher die Arbeit selbst in einer Tiefe von 100 Metern noch gestattet. Angesichts der völligen Dunkelheit, die in diesen Tiefen herrscht, wäre eine Verwendung des neuen Apparates trotzdem nicht möglich, wenn man nicht in der starkleuchtenden Westinghouselampe ein Mittel hätte, diese Dunkelheit zu erhellen und damit die Arbeit in der Tiefe zu ermöglichen. Dank dieser Erfindung konnte Kapitän Leavitt, der selbst Kommandeur eines Taucherschiffes ist, in wenigen Monaten aus der Tiefe des Ozeans die ganze Kupferladung der Fregatte „Cayhorn", die vor 56 Jahren mit Mann und Maus an der chilenischen Küste unterging, wieder zutage fördern. Der Wert des zurückgewonnenen Metalls ist auf rund 3 Millionen Goldmark zu schätzen. Kapitän Leavitt beabsichtigt, durch den Erfolg ermutigt, jetzt auch den Versuch zu wagen, die auf dem Grunde des Meeres ruhenden Schätze der „Lusitania" zu heben.

Dempsey kann endlich heiraten. Der Heirat Jack Dempseys, des Boxerkönigs, steht nun nichts mehr im Wege. Seine Braut, die Filmschauspielerin Estelle Taylor, hat dieser Tage ihren Scheidungsprozeß gewonnen, den sie gegen ihren ersten Gatten geführt hat. Ihre erste Ehe datiert aus dem Jahre 1918, und der Mann ihrer Wahl war ein Hotelangestellter. In Hollywood, wo sie filmte, lernte sie Jack Dempsey kennen und lieben. Das Liebesverhältnis besteht schon einige Monate, konnte aber nicht zur Ehe werden, so lange nicht der Prozeß entschieden war.

Typhusepidemie durch Austern. In den Vereinigten Staaten ist vor einigen Tagen eine Reihe von Erkrankungen an Typhus festgestellt worden, denen man erst eingehendere Beachtung geschenkt hat, als die Fälle immer zahlreicher wurden. So sind in Chicago 65 Personen, in Neuyork und Philadelphia sogar je 400 erkrankt, und von Stunde zu Stunde mehren sich die Nachrichten, daß die Epidemie an Heftigkeit und Ausdehnung zunimmt. Unter den Erkrankten befindet sich der bekannte Neuyorker Bankier Frank Vanderbilt. Die medizinischen Autoritäten, die zu Rate gezogen worden sind, führen die Ursache der Krankheit auf den Genuß von Austern zurück, die auf Long Island und New Yersey gezüchtet werden. An das amerikanische Publikum ist die Aufforderung ergangen, vom Austerngenuß abzusehen.

Furchtbare Grubenkatastrophe. Aus Bochum wird gefunkt: Durch eine Explosion schlagender Wetter in der Schachtanlage „Hannibal I" wurden sieben Arbeiter getötet.

Zur bevorstehenden

Konfirmation

und Prüfung

bringen wir ein besonderes Angebot von

Kleiderstoffen

bester Beschaffenheit. Jahrzehntelange Verbindungen mit ersten Häusern und große rechtzeitige Abschlüsse setzen uns trotz bedeutender Steigerungen auf dem Wollmarkte in die angenehme Lage

zu auffallend billigen Preisen

zu verkaufen.

Schwarze Kleiderstoffe

Cheviots — reine Wolle, doppeltbreit . . . . . Meter 2,50 2,15 — 1.95
Cheviots — reine Wolle, 130 cm breit . . . . . Meter 4,50 4,25 — 3.75
Popelines — und Ripsgewebe, 105 cm breit . . . Meter 3,60 3.20 — 2.95
Popelines — prima reine Wolle, 105 cm breit . . Meter 5,75 5,25 — 4.50

Weiße Kleiderstoffe

Serges — mit Kunstseide, doppeltbreit . . . . Meter 4,25 3,50 — 2.50
Cheviots — reine Wolle, doppeltbreit . . . . . Meter 6,50 4,50 — 3.90
Crêpes marocaines — reine Wolle, doppeltbreit . . . . . Meter 6,90 5,85 — 5.25
Schweizer Voll-Voiles — bestes Fabrikat, 112-115 cm breit . . Meter 2,50 2,40 — 1.85

Farbige Kleiderstoffe

Cheviots — reine Wolle, doppeltbreit, in vielen Farben . . . . . Meter 2,50 2,15 — 1.95
Popelines — 105 cm breit, große Farbenauswahl . . . . . Meter 3,60 3.20 — 2.95
Popelines — reine Wolle, doppeltbreit, in den neuen Farben . . . . . Meter 4,75 4,25 — 3.25

Crêpe marocain — bedruckt, reine Wolle — Meter **3,25**

Foulardine — bedruckt, Ersatz für Seide, 100 cm breit — Meter **2,45**

Halle a. d. Saale — **J. LEWIN** — Marktplatz 2 u. 3

491

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250123-13/fragment/page=0003

Vereins-Kalender

der SPD.,

freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg

Sekretariat der SPD. Halle (Saale), Barfüßerstraße 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. (Ortsbureau daselbst (Fernruf 1129).

Halle.

Freier Sängerchor Halle

Sonntag, den 25. Januar, vormittags 10 Uhr: Uebungsstunde. Jeder Sänger muß pünktlich erscheinen.

SPD. Freitag 1/8 Uhr im Heim: Frage und Antwortabend. Alles muß erscheinen.

Frauengruppe. Freitag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus": Leseabend über Bebel „Die Frau und der Sozialismus". Bücher mitbringen

Aus dem Bezirk.

Eisterwerda. Sonnabend, den 24. Januar, abends 8 Uhr, bei Herrn P. Bericht: Mitgliederversammlung. Alle Genossen und Genossinnen sind hierzu eingeladen. Reichsbanner Kameraden und Gäste können eingeführt werden.

Liebenwerda. Sonnabend, den 24. Januar, abends 8 Uhr, bei Faltmeier: Sitzung der Vertrauensleute der freien Gewerkschaften. Anschließend um 8 Uhr im selben Lokal: Oeffentliche Gewerkschaftsversammlung mit dem Vortrage „Die Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften". Referent Bezirkssekretär Wernicke Halle. Erscheinen aller Gewerkschaftskollegen ist Pflicht.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle. Jungsturm. Freitag, den 23. Januar abends 7 Uhr: Zahlabend für Beteiligung beim Kameradschaftsabend Deininger, Str. 42/44.

Ortsgruppe Annendorf. Sonnabend, den 24. Jan., abends 1/2 8 Uhr, im Restaurant „Zur Worte": Republikanischer Werbeabend. Referent Kam. Frankland. Freunde der Republik sowie die Mitglieder und deren Angehörigen sind dazu eingeladen. Der Vorstand.

Ortsgruppe Merseburg. Bannerratsitz. Sonnabend, den 24. Januar, abends 8 Uhr pünktlich im „Drei Schwäne". Erscheinen Pflicht. Der Ohmann.

Kreis Merseburg-Querfurt. Die Kreiskonferenz findet am Sonntag, dem 25. Januar, vorm. 9 Uhr, in Merseburg, „Gasthof 3 Schwäne" statt. Wir verweisen auf unser letztes Rundschreiben.

Ortsgruppe Naumburg. Freitag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, Hotel zur Post, öffentliche Versammlung. Redner: Bierbacher (Berlin) spricht über: „Revanchepolitik oder Völkerverständigung?" Freunde und Gönner sind herzlich eingeladen.

Ortsgruppe Zeitzig. Sonnabend, 24. Januar, abends 8 Uhr, im „Ring": Mitglieder-Versammlung. Alle Kameraden müssen zur Stelle sein, da wichtige Tagesordnung u. a. Fahrt nach Magdeburg.

Ortsgruppe Delitzsch. Sonntag, den 25. Januar, nachmittags 3 Uhr: General-Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Ortsgruppe Nickelsdorf. Sonnabend, den 24. d. Mts., abends 8 Uhr, im Gasthof zum Brunnenschöpchen: Republikanischer Abend.

Ortsgruppe Torgau. Sonnabend, den 24. Januar, abends 1/2 8 Uhr, im „Burgkeller": General-Versammlung. Das Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht.

Hall. Genossenschafts-Buchdruckerei

e. G. m. b. H. Halle (Saale).

Montag, den 26. Januar 1925, abends 7 Uhr, im „Gewerkschaftshaus":

Ordentliche

General-Versammlung

Tagesordnung

1. Jahresbericht; Vorlegung der Bilanz; Bericht des Aufsichtsrates; Verwendung des Ueberschusses; Entlastung der Verwaltung.
2. Neuwahl der Vorstandsmitglieder auf ein Jahr; Neuwahl für zwei ausscheidende Aufsichtsratsmitglieder auf drei Jahre; Neuwahl eines Urlaubsmannes für den Aufsichtsrat auf ein Jahr.

Zutritt nur für Mitglieder.

365 Der Vorstand
Karl Reiwand. Franz Peters.

Volks-Feuerbestattungs-Verein

Ortsgruppe Eisleben.

Sonntag, den 25. Januar, abends 6 Uhr im „Volkshaus":

Oeffentl. Versammlung

Ref.: Borgmann (Halle)

spricht über

Feuer- oder Erdbestattung.

Alle interessierten Kreise sind dazu eingeladen.

294 Der Vorstand.

Unsere Leser werden hierdurch gebeten, bei ihren Einkäufen u. beim Besuche v. Veranstaltungen nur die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Billige Decken

solange der Vorrat reicht
0,90 1,— 1,25 1,75 Mk. usw.

Lederhandlung, Schäfers Lepperei
Franz Gerlach
Sangerhausen
Kl.-Mansfeld, Eisleben, Lindenstr. 5
186

Im Parterre

Masken

-Stoffe

-Besätze

496

sowie sämtliche Gebrauchsartikel
für Kostümfeste in sehr großer Auswahl

Alles erstaunlich billig.

NUSSBAUM

Halle a. S. Das führende Kauf- und Warenhaus Gr. Ulrichstr. 60-61

Beachten Sie unser Spezial-Schaufenster in der Passage

Stadt-Theater.

Sonnabend, abends 7 Uhr:
Schwanenweiß.
mit den Damen: Boß, Anders, Böhmer, Günsel-Dworitzki, Seeliger, Kirchhoff, Kühn.
Den Herren: Anderson, Kerzmann, Boehmer, Siegle.
Sonntag nachm. 3 Uhr
Peterchens Mondfahrt
Sonntag, abends 7 1/2 Uhr:
Orpheus in der Unterwelt.
Montag, abends 7 1/2 Uhr:
Ein Volksfeind.

Damentaschen
n. bestes Material u. Verarbeitung sehr preiswert bei
Friedrich Pietsch
Sattlermeister
Steinweg 32

Zahle die allerhöchsten Preise für sämtliche Felle. Händler und Sammler die höchsten Preise. Felleinkauf Kleine Steinstraße, Ecke Brüderstr. 359

Alle Drucksachen
liefert die Hallesche Genossenschafts Buchdruckerei

Quo vadis?

Der diesem gewaltigen Filmwerk zu Grunde liegende **Roman** von Henryk Sienkiewicz ist zum Preise von nur 2 Mk., schön gebunden 2,50 Mk.,

in der Volksblatt-Buchhandlung

Gr. Ulrichstraße 27 zu haben.

Volksbühne e. V.
Eisleben

Montag 8 Uhr Terrasse
Heiterer Abend

Die sittliche Forderung.
Lustspiel v. Otto Erich Hartleben.

Der Hochzeitsabend.
Lustspiel von Peter Nansen.

Lottchens Geburtstag.
Lustspiel von Ludwig Thoma.

Vorverkauf ab Sonnabend Buchhandlg. Koegel
Sperrsitz: Mitgl. 2.00, Nichtmitgl. 2.50
Saalplatz: Mitgl. 1.50, Nichtmitgl. 2.00
Galerie: Mitgl. 1.00, Nichtmitgl. 1.50
Abschnitt 9 der Mitgliedskart. wird mit 0.75 Mk. in Zahlung genommen.

Ich bin als Rechtsanwalt bei dem Land- und Amtsgericht in Halle (Saale) zugelassen.
Mein Büro befindet sich
Albrechtstrasse 37
Fernsprecher Nummer 1953
P. Jungblut
Rechtsanwalt.
497

Gehüfte b. Mücheln
Gasthof „Roter Hirsch" 4
Jeden Sonnabend und Sonntag
Unterhaltungs-Musik
mit humoristischen Vorträgen.

Wir sind billig

Großer Umsatz :: Kleiner Nutzen

Bohne & Co. G. m. b. H. Halle a. S.

Hauptgeschäft: Gr. Ulrichstr. 54. Telephon 1402
2. Geschäft: Geiststr. 26 :: 3. Geschäft: Bitterfeld, Markt 11

Stark-Bier-Brauverbot ist mit 2.1.25 aufgehoben!

kommt in diesem Jahre nur
doppeltstark
eingebraut zum Ausstoß!
Freyberg-Brauerei
gegr. 1810

Heinrich Müller's
Bockwürste
sowie Tafelwürstchen
Leipziger Straße 34. Fernruf 3133
Ab 15. Februar:
Große Brauhausstraße 29
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Koch's Künstlerspiele
„Bunte Bühne"
Jägergasse 1, Ecke Gr. Ulrichstr.
Jeden Abend 8 1/4 Uhr:
Das glänzend. umfangreiche
Januar-Programm!
Staunenswert das
Radrennen
der schönen Frauen
auf der Bühne
Ermäßigte Eintrittspreise.

Volkspark
Im kleinen Saal:
Sonntag 5 bis 1 Uhr
Neues Varietéprogramm
Faschings-Tanz!
Morgen, Sonnabend, gastiert das Volkspark-Varieté in Nietleben, Saalbau „Zur Sonne"

Schülermützen
in allen Farben kaufen Sie am besten in der Mützenfabrik
J. Kaliga

Achtung!!
Sonnabend und Sonntag auf nach
Holzweißig
Gasthof „Preußischer Adler"
zum
Bockbier-Rummel
mit Tanzdielenbetrieb
Schrammelkapelle :: Alterhand
lustige Ueberraschungen.
Bockbiermützen frei! Eintritt frei!
Schneidige Bedienung.
Um gütigen Zuspruch bittet
478 Ww. B. Kittelmann.

Trauringe
mod. Fassons kauft man billigst bei
Amana Weiss,
Kleinschmieden 6.
Reparaturwerkstatt f. Uhren u. Goldwaren

Strümpfe
Schürzen Schreiner
am Leipziger Turm

Am Sonnabend, den 24 Januar 1925, vormittags 9 Uhr
Brennholzversteigerung
in den städtischen Anlagen in Eisleben.
Treffpunkt: Scherbelberg.

Neue mod. Bettuhr.
Eiche Mahagoni, 35 Mk., zu verk. Wettin. Str. 33, Hof.

Gesichts Hauschlag
Pickel Mitesser, Flechte verschwinden mit Schnell, wenn man beschäumt von Zucker's Patent-Medizinal-Seife ebenso intensiven Schaum erzeugt, morgens abwaschen und mit Zucker's Creme nachfreiten. Strahlende Wirkung. Von Tausenden bestätigt. Erhältlich Apotheken, Drogerien, Parfümerie u. Friseurgeschäften

Leder-Angebot.
Ein Posten Kernstreifen mit kleinen Fehlern zu 2—4 Paar Sohlen billigst solange der Vorrat reicht.
Lederhandlung, Schäfers Lepperei
Franz Gerlach
Sangerhausen
Kl.-Mansfeld, Eisleben, Lindenstr. 5.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250123-13/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 23. Januar 1925.

Parteinachrichten.

Am Sonntag wichtige Parteiarbeit in Halle und im Saalkreis.

Wenn die Partei ruft, darf niemand zu Hause bleiben. Die Presse ist unsere schärfste Waffe im Kampfe gegen die Reaktion. Deshalb muß jeder Genosse und jede Genossin für die weiteste Verbreitung sorgen. Am Sonntag findet für Halle und den Saalkreis eine außerordentliche Zeitungsagitation und im Saalkreis außerdem eine Flugblattverteilung statt. Parteiarbeit ist Dienst am Volke. Niemand darf zu Hause bleiben.

Der Vorstand.

Ammendorf. Sämtliche Parteigenossen treffen sich zur Agitationsarbeit am Sonntagvormittag 10 Uhr in der „Warte". Alle Mann müssen zur Stelle sein. Der Vorstand.

Könnern. Die Flugblattverteiler treffen sich Sonntag früh 9 Uhr beim Genosse Ecke zur Empfangnahme des Materials. Kein Genosse darf fehlen. Der Vorstand.

Der Rechtskurs in Deutschland.

Ueber dieses Thema sollte gestern abend der ehemalige mecklenburgische Ministerpräsident Stelling in einer Mitgliederversammlung der SPD. in Halle sprechen. Die Abstimmung über das Vertrauensvotum für die Reichsregierung erforderte aber, daß Genosse Stelling in Berlin blieb und somit in Halle nicht reden konnte. An seiner Stelle referierte nun der Genosse Schulz (Halle). Genosse Schulz knüpfte an einige Aussprüche Ferdinand Lassalles an, der gesagt hat, das allgemeine Wahlrecht sei das Zeichen, in dem wir siegen, und der in einem Briefe an den Demokraten Ziegler zum Ausdruck gebracht hat, wenn es ihm gelänge, eine Million Arbeiter zu organisieren, er des Sieges gewiß sei. Das Wahlrecht sei errungen und weit mehr als eine Million Arbeiter seien politisch organisiert, aber die politische Macht sei doch noch nicht erreicht, denn das deutsche Proletariat sei in seiner großen Mehrheit noch so furchtbar rückständig, daß es das ihm gegebene Wahlrecht nicht in seinem Interesse zu gebrauchen verstehe. Die Deutschnationale Partei wäre aber trotzdem nicht so stark aus dem Wahlkampfe hervorgegangen, wenn nicht der französische Poincarismus in gewissen Teilen des deutschen Volkes den Glauben geweckt hätte, daß ein Kaiserreich sich eine derartige Behandlung nicht hätte bieten lassen. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei wird nun darin bestehen müssen, die Voraussetzungen der nationalistischen Gedankengänge zu beseitigen. Wenn Charakterlosigkeit in den Augen des deutschen Volkes als ein Mangel betrachtet werden würde, dann hätten die Deutschnationalen am 7. Dezember eine furchtbare Niederlage erleiden müssen. Die Politik des Außenministers Stresemann müsse man unter dem Gesichtswinkel betrachten, daß Stresemann der Machtausdruck des politischen Willens der Großindustrie ist, die an der Erfüllungspolitik ein Interesse hat, weil bei einer entgegengesetzten Politik nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Industrieherren in ihrer Existenz bedroht würden. Stresemann verfolge aber augenscheinlich auch den Zweck, durch die Hereinnahme der Deutschnationalen in die Reichsregierung den Beweis zu erbringen, daß die Deutschnationalen keine andere Politik treiben können als die Deutsche Volkspartei, wenn sie mit in der Regierung sitzt.

Demokraten und Zentrumspartei haben in ihrer Stellungnahme zur neuen Reichsregierung zu erkennen gegeben, daß bei ihnen ein Mangel an republikanischer Energie vorhanden ist. Daher werden sie nicht an der Seite der Sozialdemokratie zu finden sein in dem Kampfe gegen die jetzige Reichsregierung, abgesehen von einigen Männern in diesen Parteien wie dem Demokraten Dr. Preuß und dem Zentrumsmann Dr. Wirth. Es wäre aber falsch, das Kind mit dem Bade auszuschütten und auch solche Männer wie die Genannten und ihren Anhang von uns abzustoßen. Im Gegenteil, wir müssen mit den Jungdemokraten wie mit den Zentrumsleuten vom Schlage der Windhorstbünde streckenweise gemeinsam kämpfen, weil die Entwickelung dahin geht, daß auch bei uns sich das Zweiparteiensystem bilden wird, und wir haben alles Interesse daran, diese Entwicklung zu fördern.

Genosse Schulz streifte dann auch kurz den Kampf um Preußen und betonte, daß wir den Kampf um die Macht in Preußen mit aller Energie zu führen hätten. Wenn es uns gelingt, in Preußen die vorhandenen Machtpositionen zu halten, dann wäre es gar nicht schade, wenn im Reich eine Rechtsregierung einige Monate lang dem deutschen Volk einen außerordentlichen Anschauungsunterricht erteilte. Denn das deutsche Volk brauche diesen außerordentlichen Anschauungsunterricht, damit ihm die Augen darüber aufgingen, daß die Deutschnationalen nur eine Clique sind, deren ganzes Ziel dahin geht, die alte Vormachtstellung zurückzuerobern, von der aus sie das deutsche Volk geknechtet und geknebelt haben. Die jetzige Reichsregierung wird dann eines Tags selbst froh sein, daß man ihr die Staatsgeschäfte wieder abnimmt. Das dürfe aber nur geschehen, wenn vorher dem deutschen Volke Gelegenheit gegeben wird, durch eine neue Abstimmung die am 7. Dezember gemachten Fehler zu korrigieren. Der Sozialdemokratischen Partei wird es dann nicht schwer werden, den Wählern zu beweisen, wie und von wem sie am 7. Dezember betrogen worden sind. In der linken Hand das rote Banner des Sozialismus, in der rechten das schwarzrotgoldene Banner der Republik, so stürmen wir vorwärts zum Siege! (Lebh. Beifall.)

Die Aussprache war nur kurz. Genosse Wagner appellierte an die Beamten und forderte sie auf, auch unter der Rechtsregierung treu zur Sozialdemokratie zu stehen und nicht den Mut zu verlieren. Genosse Schaumburg appellierte an alle Parteigenossen und Genossinnen, in Zukunft mehr denn je sich an der Parteiarbeit zu beteiligen. Das gelte besonders für die Gewerkschaftler, denn es sei bestimmt damit zu rechnen, daß unter dem Rechtskurs auch die gewerkschaftlichen Freiheiten arg beschnitten werden. Genosse Möller brachte eine etwas abweichende Auffassung gegenüber dem Genossen Schulz zum Ausdruck, indem er die Meinung aussprach, daß die Schwarz-Rot-Gold-Bewegung eine vollständige Niederlage erlitten habe und die Republik allein von der Sozialdemokratie verteidigt werde. — In seinem Schlußworte verteidigte Genosse Schulz nochmals seine Auffassung, daß man die wahrhaft republikanischen Elemente nicht von sich weisen dürfe.

Einstimmig gelangte dann folgende Entschließung zur Annahme:

„Die Mitgliederversammlung der SPD., Ortsverein Halle, nimmt Kenntnis von der Stellungnahme der Reichstagsfraktion der SPD. und billigt diese Haltung.

Die Parteigenossen erkennen die schwierige Lage der Fraktion an und geloben, für die Zukunft durch angestrengteste Arbeit für die Partei und die Ausbreitung des „Volksblatt" zu arbeiten, um so der Parteileitung und der Fraktion für die kommenden Kämpfe den Rücken zu stärken."

Mit einem kräftigen dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende, Genosse Schaumburg, die Versammlung, die von gutem Geiste beseelt war. Ueber dem Versammlungsraum und in den Nebenräumen sowie im Garten des „Volkspark" rumorten einige rote Frontkämpfer, die mit Pauken, Trommeln und Trillerpfeifen das schöne Lustspiel ihrer „Führer" im Reichstag nachzuahmen versuchten, damit aber nur dem Spott des Referenten und dem Gelächter der Versammlung verfielen. Genosse Schulz hatte schon recht: über diese „Kommunisten" gehen wir zur Tagesordnung.

Vor einer Besserung der Bautätigkeit.

Ausstellungs- und Stadthalle, Büro- und Hotelhaus / Und der Kleinwohnungsbau?

Am kommenden Montag findet die erste Sitzung der Stadtverordneten im neuen Jahre statt. Damit gehen auch bei uns die kommunalen Parlamentsferien zu Ende. Die unverhältnismäßig lange Ausdehnung der Weihnachtsferien konnte zunächst befremdlich erscheinen; sie wird aber verständlich, wenn man jetzt vernimmt, welch große Probleme inzwischen im Schoße der Verwaltung zur Entscheidung gereift sind. Vor einigen Tagen erst überraschte der Magistrat die Oeffentlichkeit mit der gewiß erfreulichen Nachricht, daß schon zu Beginn des Frühjahrs mit dem Bau einer

ständigen Ausstellungshalle

begonnen werden solle. Als Bauplatz ist das ursprünglich als Jahrmarktsrummelplatz in Aussicht genommene Gelände an der Boelckestraße (jenseits der Halberstädter Bahn) vorgesehen. Die jetzt am Dessauer Platz enderde, erst vor kurzem in Betrieb genommene Straßenbahnlinie 1 wird dann notwendigerweise bis zum Gertraudenfriedhof durchgeführt sowie die jetzt in bejammernswertem Zustand befindliche Straße in Ordnung gebracht werden müssen.

Damit sind aber die Probleme, mit denen sich die maßgebenden Stellen in letzter Zeit beschäftigt haben, noch nicht erschöpft. Wie verlautet, ist auch das mehrfach erörterte Projekt eines großen modernen

Bureau- und Hotelgebäudes

nunmehr spruchreif geworden. Die Verhandlungen zwischen den in Frage kommenden Wirtschaftsorganisationen stehen vor dem Abschluß oder dürften inzwischen zu dem ersehnten Ziel geführt haben. Als geeignetster Bauplatz kommt in Frage die Parkanlage in der Magdeburger Straße oder die Stelle neben dem ehemaligen Stadtgottesacker, an der sich jetzt der Wasserturm befindet. Die Stadt tritt als Teilhaberin in die zu gründende Aktiengesellschaft ein.

Mit der gleichen Energie ist in der Zwischenzeit das

Stadthallenprojekt

betrieben worden. Der Magistrat setzt sich nach wie vor mit aller Kraft für die Errichtung der Stadthalle auf der Höhe der Bergschenke ein, weil das nach seiner Ansicht die würdigste Baustelle ist. Erfreulicherweise ist man von dem Gedanken, einen Teil der nicht unerheblichen Mittel durch Veranstaltung einer „Stadt Halle"- oder Festwoche zu erbetteln, abgekommen. Das hat man jetzt ja auch gar nicht nötig, denn bis zur Beschaffung der allerdings nicht unerheblichen Baugelder dürften die 800 000 Goldmark ausreichen, die in diesen Tagen für die nunmehr erfolgte Uebereignung des Polizeidienstgebäudes an den Staat gezahlt werden.

Mit all diesen Fragen werden sich die Stadtverordneten schon in den nächsten Sitzungen beschäftigen, da in der Tat keine Zeit zu verlieren ist. Es ist anzunehmen, daß den Absichten des Magistrats nicht unüberwindliche Schwierigkeiten gemacht, sondern im Gegenteil seine Pläne mit Eifer gefördert werden, weil sie geeignet sind, den Ruf Halles als einer in jeder Beziehung rückständigen Stadt wenigstens ein wenig zu bessern.

Häuserverfall — Mietserhöhung.

Ueber 300 „Wohnungen" polizeilich gesperrt. — Zuschlag zur Hauszinssteuer als Rettungsmittel.

Die besonderen Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit in Gemeinschaft mit der Sabotage mancher Hausbesitzer haben es mit sich gebracht, daß **zur Erhaltung der Häuser und Wohnungen** in den letzten 10 Jahren nur **sehr wenig getan** worden ist. Der **bauliche Zustand der Häuser** ist daher im allgemeinen **schlecht und die älteren Wohnquartiere Halles sind vielfach in ihrem Fortbestand geradezu gefährdet.** Insbesondere erstreckt sich die Verwahrlosung auf Dächer, Dachrinnen, Treppen, Fußböden usw.; Abstürzen von Gesimsteilen, von Fassaden und Deckenputz sind die Folgeerscheinungen.

Nach den Aufzeichnungen des Statistischen Amtes der Stadt Halle sind **vom 1. Oktober 1922 bis 30. September 1924 nicht weniger als 295 Wohnungen baupolizeilich vorübergehend gesperrt worden.** Die vorübergehende Sperrung führte zumeist zu einem Dauerzustand, denn 201 Wohnungen waren nach den Feststellungen des Wohnungsamtes vom Oktober vorigen Jahres noch gesperrt. Durch Abbruch sind in der gleichen Zeit 81 Wohnungen eingegangen und durch dauerndes baupolizeiliches Verbot 31 Wohnungen. Stellt man diesen Verlust an Wohnungen (zusammen 313) der Neubautätigkeit gegenüber — im gleichen Zeitraum sind 646 Neubauwohnungen entstanden —, so ergibt sich, daß es sich bei der

Erhaltung des alten Hausbestandes

um ein Problem von der allergrößten Tragweite handelt und es wird ohne weiteres klar, daß hier von Amts wegen eingegriffen werden muß, wenn der Wohnungsmarkt überhaupt wieder gesunden soll.

Bis zum 1. April 1924 bot sich für die Gemeinden die Möglichkeit, mit Hilfe der Wohnungsbauabgabe einen Ausgleichsfonds zu schaffen, um daraus **wirtschaftlich schwachen Hauseigentümern Beihilfen** zu gewähren. Wie viele andere Städte, so hat auch Halle von dieser Möglichkeit mit gutem Erfolg Gebrauch gemacht. Unter Mitwirkung je eines Vertreters der organisierten Hausbesitzer und der Mieterschaft sind **im Rechnungsjahre 1924 120 Darlehen mit 137 000 Goldmark verteilt worden, womit schätzungsweise 800 Wohnungen erhalten worden sind.** Die Prüfungen wurden mit größter Gewissenhaftigkeit vorgenommen. Die Hauszinssteuer, die seit 1. April 1924 an die Stelle der Wohnungsbauabgabe getreten ist, darf, soweit sie bestimmungsgemäß dem Wohnungswesen zugute kommt, nur für Neubauzwecke verwendt werden. Die Bestimmungen des Reichsmietengesetzes über die Schaffung eines Ausgleichsfonds stehen also nunmehr nur noch auf dem Papier, soweit nicht einzelne Städte aus Etatmitteln Beträge zur Beihilfegewährung bereitgestellt haben. Zwar ist die Lage der Hauseigentümer neuerdings bedeutend günstiger geworden, als in der vom Staat festgesetzten gesetzlichen Miete für Reparaturzwecke ein Durchschnittsbetrag von 22 Prozent der Friedensmiete einkalkuliert ist, also weit mehr als in der Vorkriegszeit, doch lassen sich mit dem Aufkommen naturgemäß irgendwelche großen Instandsetzungsarbeiten, wie sie infolge der jahrelangen Vernachlässigung der Häuser notwendig werden, nicht vornehmen. Der Magistrat hält es daher für unabweisbar, daß wenigstens **bis zur Ueberwindung der gegenwärtigen Realkreditnot leistungsschwachen Hauseigentümern öffentliche Reparaturbeihilfen zur Verfügung gestellt werden.**

In der Begründung der Vorlage, die das Stadtparlament in der am kommenden Montag endlich stattfindenden ersten diesjährigen Sitzung bereits beschäftigen wird, heißt es, daß im vergangenen Jahre im Etat des Wohnungsamts zur Gewährung von Reparaturhypotheken ein Betrag von 48 000 Mk. bereitgestellt worden ist, der um weitere 98 000 Mk. verstärkt wurde. Eine Bereitstellung weiterer Mittel für das Etatsjahr 1925 ist nach Meinung der Magistratsherren ausgeschlossen, da der nächstjährige Etat bereits aufs stärkste belastet ist. Der Magistrat hat daher beschlossen, die weiterhin erforderlichen Geldmittel noch im laufenden Rechnungsjahr zu beschaffen, indem **in den Monaten Februar und März** von der Möglichkeit des Artikels II Ziffer 6 der zweiten preußischen Steuernotverordnung vom 19. Juni 1924 Gebrauch gemacht wird und **zur Hauszinssteuer ein besonderer gemeindlicher Zuschlag in Höhe von 100 Prozent der vorläufigen Steuer vom Grundvermögen erhoben wird.** Er rechnet mit einem Aufkommen von rund 150 000 Mk., das zusammen mit den rückfließenden Beträgen von früheren Darlehen nach Angabe des Wohnungsamtes zur Not hinreichen wird, um wenigstens in den dringendsten Fällen Hilfe bringen zu können. Es muß ohne weiteres zugegeben werden, daß das damit erforderlich werdende Umlageverfahren große Unannehmlichkeiten für Mieter und Vermieter zur Folge hat und daß auch die Mieterhöhung vielfach schwer tragbar sein wird, doch müßten diese Nachteile unbedingt zurücktreten hinter dem Gesichtspunkte, daß es bei der angespannten Lage des Wohnungsmarktes einfach nicht erträglich ist, **dem Häuserverfall tatenlos zuzusehen.** Die Opfer müßten gebracht werden, um leistungsschwachen Hauseigentümern die erforderlichen Beihilfsgelder in Form von Hypotheken zukommen zu lassen. Die Gelder sind, wie der Magistrat ausdrücklich versichert, nicht „verloren", sondern werden einen dauernden Grundstock für die Aufgaben der Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege bilden.

Steuererlaß zur Belebung der privaten Bautätigkeit.

Außer der oben näher dargelegten Vorlage hat der Magistrat den Stadtverordneten eine Aenderung der Grunderwerbssteuerordnung für die Stadt Halle vorgeschlagen. Die Tendenz dieses Antrages ist, durch Erlaß des Gemeindezuschlages zur Grunderwerbssteuer die private Bautätigkeit ebenfalls zu beleben. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß die öffentliche Bautätigkeit allein das Problem der Wohnungsnot nicht lösen könne, es vielmehr nötig sei, auch die private Bautätigkeit durch Anregung zu beleben. In der Vorkriegszeit seien zwei Drittel der errichteten Bauten Verkaufsbauten und nur ein Drittel auf Bestellung errichtete gewesen. Um diese eigentlich spekulativen Zwecken dienende Bautätigkeit wieder zu beleben, soll beim erstmaligen Verkauf von Wohngrundstücken, deren Bau in der Zeit vom 1. Januar 1925 bis 31. März 1927 begonnen wird, der Gemeindezuschlag nicht erhoben werden, wenn die auf diese Weise ersparten Beträge innerhalb eines Jahres zum Neubau eines Hauses verwendet werden. Unter den gleichen Voraussetzungen soll ein bereits gezahlter Grunderwerbssteuerzuschlag dem Verkäufer zurückerstattet werden, sobald mit dem Neubau begonnen wird.

So richtig es, vom privatkapitalistischen Standpunkt aus betrachtet, sein mag, die immer fürchterlicher werdende Wohnungsnot mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen, so glauben wir doch, daß dies durch den Steuererlaß nicht erreicht werden kann. Durch das hier angeregte Verfahren wird der Häuserspekulation, wenn auch ungewollt, Unterstützung geliehen. Mit solchen Paliativmittelchen wird den 600 hallischen arbeitslosen Bauarbeitern keine Arbeit und den Tausenden von Wohnungslosen kein Heim beschafft. Da helfen nur große Mittel.

Verkehrsverbesserungen bei der Reichsbahn im Bezirk Halle.

Vom Montag, 2. Februar, an treten auf den Strecken Halle—Falkenberg, Leipzig—Eilenburg, Torgau—Belgern und Torgau—Pretzsch Fahrplanverbesserungen ein. Ein neuer wochentäglicher Zug T 1160 (mit 3. und 4. Klasse) wird ab Falkenberg 6.45 Uhr, Eilenburg 9.14 Uhr vormittags um 9.40 Uhr vormittags in Halle eintreffen, sein Gegenzug T 1161 Halle um 8.40 Uhr abends verlassen und 10.03 in Eilenburg, 11.21 nachts in Falkenberg eintreffen. — Vom 1. Februar an wird der Personenzug 804 Berlin—Weißenfels—Frankfurt a. M. zwischen Wittenberg und Halle früher gelegt, und zwar: ab Wittenberg 7.46 Uhr vorm., ab Bitterfeld 8.59 Uhr, an Halle 9.48 Uhr vormittags.

---

* **Briefpost nach Berlin.** Vom 1. Februar an wird die von auswärts nach Berlin bestimmte Briefpost in den Postwagen der Eisenbahnzüge vorsortiert. Dabei werden alle Briefschaften, die in der Aufschrift das Postzustellungsamt des Adressaten tragen, gleich so bereitgestellt, daß sie von den Bahnhöfen unmittelbar nach diesen Zustellämtern geleitet werden können. Alle anderen Briefe gehen erst zum Briefpostamt, um da entsprechend sortiert zu werden. Es empfiehlt sich also, bei allen Briefen nach Berlin zur Erleichterung und Beschleunigung immer das Postamt des Empfängers anzugeben.

* **Vom Kraftwagen umgerannt.** Gestern vormittag wurde an der Ecke Ludwig-Wucherer-Straße-Lessingstraße ein Kaufmannslehrling, der auf einem Fahrrade fuhr, von einem Personenkraftwagen angefahren und zu Fall gebracht. Das Fahrrad wurde erheblich beschädigt, während Personen nicht verletzt wurden.

Könnern. Noch nicht genug? Der wegen Beleidigung des Regierungspräsidenten Genossen Grützner verurteilte Schriftleiter und Verleger des „Anzeiger" benutzt die Berichterstattung über die fragliche Gerichtsverhandlung, um seinen Aerger über den Reinfall durch nochmaliges Reiben am Regierungspräsidenten loszuwerden. Er beanstandet die „weltliche" Form der Eidesleistung des Genossen Grützner und dessen Ablehnung der Schöffenrichter für den Fall, daß diese Stahlhelmer gewesen wären. Superklug bemerkt der geistvolle Redaktionsscherenmann, ein deutscher Richter sei doch überparteilich und würde auch als Stahlhelmer das Recht nicht beugen dürfen. Der Weltblatt-Verleger scheint den Magdeburger Prozeß gegen den Ebert-Beleidiger verschlafen zu haben, sonst könnte er nicht diesen Unsinn schreiben. Zu dem erfolgreichen Wirken Grützners im besetzten Gebiet in reindeutschem Sinne meint Herr Knauff weiter, das müsse doch jeder nur halbwegs deutsch denkende Mann tun. Herr Knauff scheint doch an dem milden Urteil (200 Mk. Geldbuße) offenbar nicht genug zu haben, denn er legt es förmlich darauf an, sich erneut die Finger zu verbrennen. Das aber sei dem Herrn gesagt: Es wird nicht wieder geschehen, daß ein beleidigter sozialdemokratischer Beamter die für Herrn Knauff recht wenig aussichtsvolle Beleidigungsklage zurückzieht, wie vor einiger Zeit Oberpräsident Genosse Hörsing auf Knauffs Winseln hin. Aber schließlich: kann ein Schmierant überhaupt beleidigen? Was geht's den Mond an, wenn ihn der Mops anbellt? — Die Arbeiterschaft Könnerns hat gerade jetzt die Möglichkeit, diesem geschäftstüchtigen Zeitungsmacher die Antwort zu geben, durch die er am härtesten betroffen wird: die Säuberung der Wohnungen von einem solch arbeiterfeindlichen Blättchen und weiteste Verbreitung des „Volksblatt".

Könnern. Einen schlimmen Streich hat uns der nicht totzukriegende Druckfehlerteufel in dem in Nr. 16 enthaltenen Bericht über die letzte Stadtverordnetensitzung gespielt. Es darf da nicht heißen: Porte sondern Pforte und nicht Bitchen sondern Ruchan, ferner nicht Pövel sondern Töpel. — Und die Moral von der Geschicht'? Schreibt Namen so undeutlich nicht!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621925012З-13/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Neuwahl der Stadtverordneten in Zeitz.

Nachdem vor kurzem das Stadtverordnetenparlament in Zeitz wegen dauernder Beschlußunfähigkeit aufgelöst worden war — die Linke hatte im Spätsommer 1924 ihre Mandate niedergelegt und der „Ordnungsblock" war beschlußunfähig geworden nachdem auch noch ein bürgerlicher Stadtverordneter sein Mandat niedergelegt hatte —, ist nunmehr die Neuwahl auf den 22 März 1925 festgesetzt worden. Unsere Genossen hoffen bestimmt daß dann die bürgerliche Mehrheit wieder beseitigt werden kann.

Diese bürgerliche Mehrheit, der „Ordnungsblock", hat ihre Macht in der skrupellosesten Weise ausgenutzt. Sie schreckte selbst nicht vor Gesetzesverletzungen zurück. So beschloß sie noch am 14. September, trotzdem sie nicht mehr beschlußfähig war, den Dezernenten des Wohlfahrtsamts, Stadtrat Genossen Schulze, abzubauen, nachdem in der Rechtspresse in Zeitz vorher ein Verleumdungsfeldzug gegen Schulze inszeniert worden war.

Der Siegestubel der Ordnungsblöker war verfrüht, denn der preußische Innenminister hat den Abbaubeschluß, da er in ungesetzlicher Weise herbeigeführt wurde, beanstandet. Nun werden die Reaktionäre aller Schattierungen in Zeitz verzweifelte Anstrengungen machen, um das Feld zu behaupten; aber diesmal dürfte es ihnen nicht wieder gelingen, das Heft in die Hände zu bekommen.

Merseburg. Schulaufnahme. Die Aufnahme aller Schulneulinge der Stadt findet am Montag, dem 26. Januar, nachmittags von 3 bis ½5 Uhr, statt. Schulpflichtig werden alle Kinder, die bis zum 30. September 1925 das 6. Lebensjahr vollenden. Im Vorjahre zurückgestellte Kinder sind aufs neue anzumelden. Impfschein und Taufschein sind bei der Anmeldung vorzulegen. Im Schulhaus am Roßmarkt werden angemeldet die Kinder aus den Straßen südlich der Linie Obere Burgstraße, Schulstraße, Bahnhofstraße, Friedrichstraße und die Kinder aus diesen Straßen selbst; im Altenburger Schulhaus die Kinder aus den Straßen nördlich der genannten Linie und die Kinder des Neumarkts. Eine Aufnahme zur Seminarschule findet nicht statt.

Sangerhausen. Das „Schützenhaus" ist verkauft. Schon seit einiger Zeit spricht man davon, daß ein Verkauf des „Schützenhauses" geplant sei. Wie nun die „Sangerhäuser Zeitung" zu berichten weiß, soll der Verkauf an eine Berliner Teppichfabrik zum 15. März perfekt sein. Als Kaufpreis wird die nette Summe von 160 000 Mk. genannt. Damit verliert Sangerhausen den letzten größeren Saal. Schon während der letzten Jahre, hauptsächlich seit dem Verkauf der „Schweizerhütte", machte sich, insonderheit während der Wahlkämpfe, ein Saalmangel bemerkbar, der durch den Verkauf des „Schützenhauses" nun noch vergrößert wird. Dadurch wird die Frage der Ersatzschaffung akut. Wir sind ja der Meinung, daß diese Frage für die Arbeiterschaft gelöst sein könnte, wenn die Gelegenheiten, die sich in der Vergangenheit wiederholt geboten hatten, mutig am Schopf gefaßt worden wären. Heute darüber zu streiten, ist allerdings müßig. Gegenwärtig ist an die Schaffung eines eigenen Arbeiterheims natürlich nicht zu denken. Wie wir aber erfahren, trägt man sich von seiten der Theatergemeinde mit dem Gedanken, einen Theatersaal zu bauen, der auch für Versammlungen, Vorträge usw. zur Verfügung gestellt würde. Ein derartiger Schritt wäre nur zu begrüßen, da schon der Schützenhaussaal sich für Theater und Konzerte wegen schlechter Akustik nicht gut eignet. Allerdings käme die tanzlustige Jugend dabei nicht auf ihre Rechnung.

Blankenheim. Die Mitgliederversammlung des Konsumvereins für Sangerhausen und Umgegend findet für unsere Verteilungsstelle am Sonntag, dem 25. Januar, nachmittags 3 Uhr beim Gastwirt Wend statt. Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber ist es unbedingt notwendig, daß alle Mitglieder vertreten sind.

Zschornewitz. Gemeindevertretersitzung. In der am Dienstag stattgefundenen Gemeindevertretersitzung fehlte die Rechte unseres Gemeindeparlaments vollkommen. Anscheinend hat man nur Interesse für positive Mitarbeit, wenn es um Geld und Geldeswerte der Elektrowerke geht. Ein Unterstützungsgesuch der Pfeifferschen Anstalten wurde infolge Geldknappheit vertagt. Beträchtlich wurden dann die Steuern für Luxushunde heraufgeschraubt. Während jeder Wach- und Ziehhund bisher 4 Mk. pro Jahr und jeder Luxushund 12 Mk. kostete, wird jetzt jeder Wach- und Ziehhund (Hof- und Kettenhund) mit 5 Mk., jeder erste Luxushund mit 20 Mk., der zweite mit 75 Mk. und der dritte mit 150 Mk. besteuert. Die Verpachtung der Gemeindewiese soll öffentlich ausgeschrieben werden. In die Baukommission wurde Genosse Kosel und Voigt (KPD.) gewählt. Zustimmung fand auch der Plan, die in erbärmlichen Zuständen sich befindende Leichenhalle umzubauen. Durch die Initiative unserer Genossen wurde der total verwahrloste Friedhof schon früher in einen würdigen Zustand gebracht; jetzt soll auch die Leichenhalle umgebaut werden, so daß man nicht mehr beim Vorübergehen glauben muß, es sei eine ehemalige Militärstrafanstalt. Die KPD. hatte einen Antrag eingebracht, den Mitgliedern der Steuerkommission die Berechtigung zu erteilen, bei Vergnügen den Verkauf von Eintrittskarten zu überwachen, um Steuerhinterziehungen zu verhindern. Unsere Genossen bekämpften diesen Antrag mit dem Bemerken, daß dazu die Landjäger da seien, um die Ueberwachung zu übernehmen. Nach längerer Debatte wurde der Antrag mit 4 Stimmen der KPD. gegen die 3 Stimmen unserer Genossen bei einer Enthaltung angenommen. Wir befürchten, das Ganze wird zu einer Blamage für die Antragsteller. Schließlich wurde bekanntgegeben, daß die Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung vom Kreisausschuß genehmigt worden ist. Weiter wurde vom Gemeindevorsteher Aufschluß gegeben, wie weit der Bau des Gemeinde-Altersheims vorgeschritten ist. Man hofft, die Vorarbeiten bald so weit gefördert zu haben, daß mit dem eigentlichen Bau begonnen werden kann.

Wittenberg. Wäschediebe treiben in letzter Zeit wieder ihr Unwesen in der Stadt. Einer Frau wurden kürzlich vom Hofe des Grundstücks Pfaffenstraße 8, drei weißleinene Damenhemden gestohlen. Die Hemden waren dort zum Trocknen aufgehängt. In der Herberge zur Heimat wurde der Elektriker Erich Weve, aus Dessau gebürtig dabei betroffen als er vier noch nasse Herren-Oberhemden verkaufen wollte. Wahrscheinlich rühren auch diese Hemden von einem Diebstahl her. Man gebe also gut acht auf die im Freien zum Trocknen aufgehängte Wäsche.

Piesteritz. Vorführung des Kulturfilms „Schmiede". Dem Afa-Ortskartell Wittenberg und Umgegend ist es gelungen, den Film der werktätigen Bevölkerung „Schmiede" im „Piesteritzer Lichtspieltheater" aufführen zu lassen. Von seiten der werktätigen Bevölkerung wird erwartet, daß sie diese Filmaufführung besucht. Der Film läuft vom 23.—26. Januar.

Torgau. Aus der Partei. Der Ortsverein Torgau hielt am Sonnabend, dem 20. Januar, seine diesjährige Generalversammlung ab. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, gedachte Genosse Deumer in warmen Worten des verstorbenen Genossen und Stadtverordneten Max Listing. 11 Jahre lang war er fleißiger Mitarbeiter und Kämpfer für den Sozialismus. Mehrere Jahre hat er dem Vorstand seine Dienste zur Verfügung

Denkst Du an Deine Parteipflicht?
Werbe Parteimitglieder und neue Leser der Parteipresse!

gestellt. Seit 1919 betraute er das Amt eines Stadtverordneten in geschätzter und umsichtiger Weise. Wir bedauern außerordentlich das frühe Hinscheiden unseres Genossen Listing und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. — Mit reichhaltiger Tagesordnung und Neuwahlen des Vorstandes eröffnete der Vorsitzende die Versammlung. In kurzen Umrissen erstattete Genosse Deumer den Jahresbericht. Die Entwicklung des Ortsvereins unterlag der Gesamtentwicklung der Sozialdemokratischen Partei. Auch wir hatten unter den verschiedenen Verhältnissen zu leiden und zu kämpfen. Die Wahl vom 7. Dezember hat uns in unserem Ort ein kleines Plus an Stimmen gebracht; dies muß allen ein Ansporn zu neuer Arbeit sein. Genosse Schröder gab den Kassenbericht des letzten Vierteljahrs sowie den Gesamtkassenbericht des Jahres 1924. Die finanziellen Verhältnisse sind in unserm Ortsverein nicht allzu rosig, sie müssen durch fleißige Agitation und Werbetätigkeit behoben werden. Die Mitglieder des Vorstandes wurden wie im vergangenen Jahr wiedergewählt. An Stelle des verstorbenen Genossen Listing wurde Genosse Franke als 1. Schriftführer und Berichterstatter für die Zeitung gewählt. Unter Parteiangelegenheiten erstattete Genosse Süß den Bericht der Unterbezirkskonferenz in Eilenburg. Eine lebhafte Aussprache erforderte die verwaiste Stelle im Stadtverordnetenkollegium; der Wahlausschuß wird die Angelegenheit entscheiden. Nicht minder anregend war die Aussprache über die evtl. Wiederloslösung des Kreises Torgau vom Kreis Delitzsch. Unter Verschiedenem wurden die letzten Wünsche des Vorstandes und der Genossen erledigt.

Torgau. Richtigstellung. In unserem gestrigen Bericht über den Beleidigungsprozeß Klaschinski sind einige Irrtümer enthalten, die wir hiermit richtigstellen. In dem Bericht muß es nicht heißen, daß Klaschinski in der ersten Instanz zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt war, sondern insgesamt zu 4½ Monaten wegen drei Delikten, zwei wegen Beleidigung und Verleumdung und einmal wegen Bedrohung. In letzterem Falle ist er zu 30 Mk. Strafe in der zweiten Instanz verurteilt worden.

Falkenberg. Die Eisenbahndiebstähle auf dem Bahnhof Falkenberg am 4. August und 6. Oktober vorigen Jahres und auf dem Bahnhof Annaburg am 11. Oktober, kamen am Montag vor dem Großen Schöffengericht zur Verhandlung. Als Täter war der aus Cremitz bei Premsendorf gebürtige und in Falkenberg bei einem Spediteur bisher tätig gewesene Arbeiter E. ermittelt worden. Dieser hatte auch ein Geständnis abgelegt. Als Mitangeklagte standen vor dem Gericht der Lehrling K. und der Krämer R. von hier, die dem ersten Angeklagten von den gestohlenen Waren abgekauft und sich nun wegen Hehlerei zu verantworten hatten. Das Gericht verurteilte E., der schon einmal wegen Diebstahls vorbestraft ist, zu einer einer Gesamtstrafe von zwei Jahren Gefängnis. K. erhielt eine Geldstrafe von 60 Mark und R. eine solche von 500 Mark zudiktiert.

Elsterwerda. Schwarz-Rot-Gold. Am Sonnabend fand hier eine Mitgliederversammlung der Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt. Kamerad Lehrer Grober (Nauendorf) gab den Bericht vom Gautag in Halle. Die Versammlung war mit den Beschlüssen von Halle einverstanden. Der Bericht von der Kreisversammlung in Falkenberg wurde vom Kameraden R. Wilhelm gegeben; auch hieran schloß sich eine Aussprache, und war die Versammlung auch mit den Beschlüssen in Falkenberg einverstanden. Durch den Wegzug des bisherigen 1. Vorsitzenden Reichert war eine Neuwahl nötig. Gewählt wurde Kamerad R. Wilhelm. Unter Verschiedens wurde vom Vorstand bekannt gegeben, daß am 31. Januar ein Unterhaltungsabend stattfindet. Es wurde beschlossen, daß pro Mitglied 1 Mark zu bezahlen hat; auch Gäste können eingeführt werden. Weiter wurde beschlossen, eine Sammelbüchse für den Fahnenfonds anzuschaffen. Auch über Anschaffung von Bekleidungsstücken wurde gesprochen, Beschlüsse aber nicht gefaßt. Einige neue Mitglieder konnten wiederaufgenommen werden.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 23. Januar 1925.

* **Der Volks-Feuerbestattungs-Verein,** Ortsgruppe Eisleben, veranstaltet am Sonntag, dem 25. Januar, eine öffentliche Versammlung. Der Vorsitzende der 32 000 Mitglieder zählenden hallischen Ortsgruppe, Herr Borgmann, wird einen Vortrag über die Feuer- oder Erdbestattung halten. Alle interessierten Kreise, besonders aber die Mitglieder, werden zu dieser Versammlung eingeladen. Am Sonntagmittag 1 Uhr wird das Leichentransportauto Eisleben passieren. (Siehe auch Inserat.)

Sonder-Angebot

Zündhölzer
pa. pa. Schwedenhölzer
1 Paket = 10 Schachteln
20 Pfg.
5 Pakete 95 Pfg.

Dr. Thompson's Seifenpulver
Marke Schwan
4 Pakete 95 Pfg.

Verkauf in der Seifen-Abteilung
solange Vorrat.

Nußbaum
Das führende Kauf- und Warenhaus
Halle a. S.,
Gr. Ulrichstr. 60-61.

Das schöne Mädel.

50] Roman von **Georg Hirschfeld.**

„Warum, weil du dem Arnulf gehörst. Wenn du's ganz genau wissen willst."

Afra schwieg eine Weile. Dann sagte sie, ohne Wesselh anzublicken. „Gehören kann ich freilich nur ihm. Aber wenn Sie mir mal einen Kuß geben möchten — das dürfen Sie ruhig."

Er fuhr so heftig zusammen, daß fast die Staffelei umfiel. Dann warf er ihr einen kurzen, blitzenden Blick zu, riß seine nervigen Finger durch das graue Haar und trat zum Fenster. Er atmete schwer. Nun wandte er sich wieder dem Bilde zu. — „Nein, das gibt's nicht. Der Arnulf ist mir zu teuer. Weiter."

Auch dieses Bild wurde nicht fertig. Afra ging nicht mehr zu Hermann Wesselh. Bald trieb es sie, quer durch die Münchener Stadt zu wandern, in die alte Vorstadt hinaus. Sommerliche Felder kamen. Lustig kämmte der Wind den graugoldenen Roggen. Afra aber hatte ein schweres Herz. Nun sah sie die Mauer des Friedhofes wieder. Peter Federer, der Wirt vom „Jägerhäus'l", stand an seiner Gartentür — er musterte neugierig die feine junge Dame, die zu Fuß aus der Stadt kam. Aber er erkannte sie nicht. Afra sah an ihm vorbei in die Fenster des Tanzsaales. Dort war sie zum erstenmal den Wächtern der Moral entwischt. Dort hatte sie Paul Kuntze kennengelernt — Lenerls Vater. Wunderlich lösten sich die Empfindungen in ihr — sie hörte noch einmal den Walzer, den sie getanzt — sie sah Kreszenz' strenge Miene. Dann aber ergriff sie eine Sehnsucht nach ihrem Kinde, die sie noch nie gefühlt. Fast wäre sie umgekehrt, aber sie bezwang sich. Heute war des Vaters Namenstag — sie wollte ihm Blumen bringen.

So ging sie weiter, kaufte bei der alten Frau am Friedhofsportal, die hier länger stand als sie lebte, einen Nelkentopf und schritt durch das Tor. Sie sah heute nicht zu den Sphinxen hinauf. Rasch ging sie über die Hauptallee und suchte das Grab ihres Vaters. Ein kurzes Gebet — dann wandte sie sich zu dem großen Kruzifix.

Es war, als ob er auf sie gewartet hätte. Herr Wyslicenus saß noch immer auf der Bank unter dem Gekreuzigten. Er war sehr alt geworden.

„Endlich kann ich mich mal wieder zu Ihnen setzen," sagte Afra. Sie hielt seine Hand. Andächtig genoß er ihre Nähe. Ein Schimmer letzter Jugend kam in seine Waldgottaugen.

„Lange hab' ich auf dich gewartet," sagte er. „Alles ist wie einst, nur das Totenreich ist etwas größer geworden. Du kommst aus dem Leben. Erzähle mir."

Sie tat es. Herr Wyslicenus schwieg. Dann sagte er: „Das ist ein gutes Stück Weg. Aber du hast den größeren Teil noch vor dir."

„Das glaub' ich nicht," flüsterte sie, indem sie den schwülen Tanz der Eintagsfliegen beobachtete.

„Hast du keine Erwartung?"

„Was ist Erwartung?"

„Für dich der Mann."

„Mag sein. Aber ich bleib' jetzt bei einem. Da ist Ruhe."

Sie wurden unterbrochen. Schritte knirschten über den Kies — ein schlanker Junge von etwa vierzehn Jahren näherte sich.

„Komm nur, Ernst," sagte Herr Wyslicenus lächelnd. „Jetzt kann ich dich meiner Freundin vorstellen. Ja, Afra, so ganz allein bin ich nämlich doch nicht mehr. Drüben im „Jägerhäus'l" wohnt dein Nachfolger."

„Im Jägerhäus'l?"

„Ja, mein Neffe aus Nürnberg — Ernst Bögner. Sein Vormund hat ihn nach München ins Gymnasium geschickt, aber er wohnt hier draußen, hier gefällt's ihm besser."

Afra hatte Ernst Bögner die Hand gegeben. Seine braunen Augen waren so naiv bewundernd auf sie gerichtet, daß sie von einer seltsamen Scheu befallen wurde — sie wußte nicht, ob vor dem Knaben oder vor sich selbst. —

Arnulf erwartete Afra in ihrer Wohnung. Zum Mittagessen kam sie und brachte ihm Rosen mit — die hatte sie nicht am Friedhof gekauft. Arnulf war in etwas bedrückter Stimmung. Er bemühte sich, Afra nichts merken zu lassen. Auf ihrem Schreibtisch lag ein Brief, der ihr schwere Erinnerung wecken konnte, von Paul Kuntze kam er. Arnulf fürchtete Lenas Vater nicht, doch Afras wegen hätte er den Inhalt des Briefes gern gekannt. Ihn zu unterschlagen, war seine Ritterlichkeit unfähig.

Afra sah den Brief, bevor sie sich zu Tische setzten. Sie eilte hin und las. Dann hörte Arnulf sie zu seiner Ueberraschung leut lachen.

„Was schreibt er dir?"

„Seine Heiratsanzeige. Er lebt in Bielefeld als praktischer Arzt und hat sich verheiratet."

„Mit wem?"

„Mit Doris Freiin von Minkwitz. Jessas, eine Freiin. Damit kann ich freilich nicht konkurrieren."

„Ich find' es sehr bezeichnend, daß er dir die Anzeige schickt. Das ist ja, als wollte er sich die Genugtuung gönnen."

„Aber ganz sicher, Arni. Na, ich wünsche ihm alles Gute. Und die Freiin soll sich nicht zu arg mit ihm langweilen. Das möcht' ich ihm schreiben."

„Aber Afra."

„Was will er denn noch von mir? Er soll mich in Ruh' lassen mitsamt seiner Freiin."

XXII.

Am Ammersee wohnten sie bis zum Spätherbst. Arnulfs Berufung nach Paris verzögerte sich. Seine Schwester war Witwe geworden — nun reiste die Mutter mit der vereinsamten jungen Frau. Vorläufig blieben sie in der Schweiz. Das nützte Arnulf, denn nun konnte man ihn nicht beobachten. Noch immer wußte seine Familie nichts von Afra. Der Adelsstolz schützte diese Menschen vor Neugier. Sie glaubten an eine Geliebte, das Selbstverständliche für einen Aristokraten, aber es blieb unter der Standeswürde, sich um sie zu kümmern.

So hatten Arnulf und Afra eine wundervolle Zeit. In Diessen wohnten sie, aber sie verbrachten den größten Teil des Tages auf dem See. Arnulf ruderte Afra hinaus. Draußen kam er auch wieder zur Kunst und malte Wasserskizzen, deren Feinheit Afra überraschte. Sie hatte den Beamten noch zu wenig als Künstler gesehen.

Wenn das Wunder des Abends ihn umleuchtete, konnte Arnulf sich der bittersüßen Empfindung nicht erwehren: ich lebe höchstes Leben und spiel' es mir nur vor. Ich kehre zur Kunst zurück und habe vor Gott das schönste Weib. Aber ich weiß genau, daß die öde Trugwelt der Politik aufglüht, ob es ein memento mori oder ein Heiligenschimmer ist. Lange waren ihre Augen nicht so fröhlich, ihr Mund nicht so rot — aber ein Abschiednehmen ist ihr ganzes Wesen.

Es gelang ihm, seine Empfindung vor ihr zu verbergen, doch auch er wurde getäuscht. Wenn er sie abends verlassen hatte, kamen wieder schwere Nächte über Afra. Die Krankheit war nicht erloschen. Noch hatte man warme Herbsttage, noch brauchte Arnulf nicht nach München zurück — doch Afra ertrug es nicht länger.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250123-13/fragment/page=0006

Kunst • Wissenschaft • Leben

Basilios Jünger.

Wie es heißt, beabsichtigen die Deutschnationalen, in allen Städten unentgeltliche Aufführungen der Oper „Der Barbier von Sevilla" für ihre Anhänger zu veranstalten. Man wird vielleicht zunächst über diesen ungewöhnlichen Bildungsdrang überrascht sein. Aber die Deutschnationalen haben bei diesen Veranstaltungen keineswegs künstlerische Absichten, sondern sie verfolgen dabei keinen geringeren Zweck als den einer gründlichen Einführung in ihre politischen Kampfmethoden. Diesem löblichen Ziele dient eine Szene in dieser Oper, in der in der Tat die deutschnationale Kampfesweise mit kaum zu überbietender Lebendigkeit und Ursprünglichkeit charakterisiert wird. Bekanntlich bewirbt sich in dieser Oper der Graf Almaviva um die Hand eines jungen Mädchens namens Rosine. Der Vormund des reichen Mädchens, der Doktor Bartolo, hat aber selbst Absichten auf sein Mündel und sucht deshalb den Nebenbuhler aus dem Felde zu schlagen. Dabei ist ihm der Musikmeister Basilio behilflich, der sich bereit erklärt, Almaviva die Gunst des Mädchens durch eine Flut von Verleumdungen zu rauben. Dabei kommt es zu folgendem Gespräch:

Basilio: Man muß den Grafen verhaft machen.
Bartolo: Da kann ich aufwarten. Oh, ich hasse ihn entsetzlich.
Basilio: Nicht genug! Rosine muß ihn hassen, damit sie seinen Nachstellungen widersteht. Die Stadt muß ihn hassen, damit er nicht länger hier weilt.
Bartolo: Aber wie stellen wir das an?
Basilio: Durch gewisse mutwillige, malitiöse Erfindungen.
Bartolo: Verstehe! Raub des ehrlichen Namens.
Basilio: Er will Ihnen eine Braut und zwanzigtausend Piaster nehmen, also ist's bloße Notwehr.
Bartolo: Das Schelmenstück ist logisch richtig. Rosine und die Stadt werden aber den Verleumdungen ohne Beweise nicht glauben.
Basilio: Dafür lassen Sie mich sorgen, Herr Doktor! Wenn es gilt, jemanden um Ehre und guten Namen zu bringen, dann bin ich ganz in meinem Elemente.

(Dann folgt die große Verleumdungsarie Basilios:)

Die Verleumdung, sie ist ein Lüftchen.
Kaum vernehmbar ein Erstehen.
Still und leise ist ihr Wehen.
Doch, nun fängt es an zu säuseln —
Immer näher, immer näher kommt es her —
Sachte, sachte! Nah zur Erde!
Kriechend, schleichend! Dumpfes Rauschen!
Wie sie horchen, wie sie horchen!
Wie sie lauschen, wie sie lauschen!
Und das zischende Geflüster
Dehnt sich feindlich aus und düster,
Und die Ahnen und die Töpfe
Und die tausend hohlen Köpfe
Macht sein Sausen voll und leer! —
Und von Zungen geht's zu Zungen,
Das Gerede schwellt die Lungen —
Des Gemurmel wird Geheule,
Wälzt sich hin mit Hast und Eile,
Und der Lästerzungen Sippen
Fischen drein mit Feuerblitzen.
Und es schwärzt sich Nacht und Schrecken
Schaurig immer mehr und mehr.
Endlich bricht es los, das Wetter,
Unser gräßlichem Geschmetter!
Durch der Lüfte Regionen
Tobt's wie Brüllen der Kanonen,
Und der Erde Stoß und Zittern
Widerhallt in den Gewittern,
In der Blitze Höllenschlund!
Und der Arme muß verzagen,
Den Verleumdung hat geschlagen. —
Schuldlos geht er dann, verachtet,
Als ein Ehrenmann zugrunde.

Bartolo: Bravo! Bravissimo! Gib's irgendwo einen Doktorhut für Schelme, Ihnen gebührt der erste.
Basilio: Sehr verbunden. — — —

Wie wir hören, wollen die Rechtsparteien der Anregung des Doktor Bartolo folgen und bei den Universitäten die Schaffung eines Ehrendoktors für Verleumdungen beantragen. Sie haben bereits eine stattliche Reihe ihrer Parteigänger für den Dr. verleumd. in Bereitschaft. Mü.

Vom Wiedereinatmen ausgeatmeter Luft.

Wenn wir in dichtgefüllten Räumen die Luft schlecht und verbraucht finden, so beruht diese Wahrnehmung auf dem Umstand, daß wir die von uns und zahlreichen anderen Menschen ausgeatmete Luft wieder einatmen müssen. Nun ist es aber nicht ohne Bedenken, zu erfahren, daß, wie die Untersuchungen eines Forschers nachgewiesen haben, der Mensch, auch wenn er sich allein in einem Zimmer aufhält, einen Teil der von ihm ausgeatmeten Luft wieder einzuatmen gezwungen ist. Allerdings handelt es sich in diesem Fall nur um sehr kleine Mengen, da, sofern man sich allein in einem Zimmer befindet, nur 1 bis 2 Prozent der ausgeatmeten Luft wieder eingeatmet werden. Liegt man jedoch im Bett, so kann sich diese wiedereingeatmete Luftmenge bis zu 10 Prozent steigern, wobei jeweils die Körperlage des Liegenden — ausgestreckt, mit gewölbter Brust oder das Gegenteil — maßgebend ist. Noch größer ist natürlich die Menge der ausgeatmeten und der Atmung wieder zugeführten Luft, wenn man sich im Bett zwischen Kissen und Decken einzräbt. Zieht man noch in Betracht, daß man nicht nur Luft ausatmet, sondern daß sich auch in Nase und Lungen Luft befindet, so kann man annehmen, daß in der eingeatmeten Luft etwa ein Drittel des Quantums enthalten ist, das schon einmal von uns ausgeatmet wurde; nur dann, wenn sehr tief geatmet wird, kann dieser Betrag bis auf ein Zehntel sinken, woran man sieht, wie wichtig es unter allen Umständen ist, oft tief einzuatmen. Die Wiedereinatmung ausgeatmeter Luft erfolgt hauptsächlich durch die Nasenatmung, weshalb sich die genannten Untersuchungen auch ausschließlich auf die Atmung durch die Nase beziehen. Hierbei zeigt sich übrigens auch die merkwürdige Tatsache, daß, selbst wenn ein Mensch im Freien schläft, ein Teil der von ihm ausgeatmeten Luft wieder eingeatmet wird.

Aus diesen Ergebnissen geht vor allem hervor, daß die Lufterneuerung eines Raumes am besten durch die Bewegung der Luft erfolgt, so daß also ein Zimmer, durch das man Zugluft streichen läßt, am gründlichsten und zweckmäßigsten gelüftet wird. Wichtiger als der Unterschied: reine und unreine Luft wäre also hier der Unterschied: bewegte und ruhige Luft. Demnach müßte auch der Mensch, der Zugluft liebt und vertragen kann, viel gesünder sein und bessere Atemluft zur Verfügung haben als derjenige, der jeden Luftzug meidet.

Schnee in der Wüste. Während wir uns zum Leidwesen aller Freunde des Wintersports linden Frühlingswetters erfreuen, herrscht in ganz Arabien grimmiger Winter. In Bagdad hat es wiederholt geschneit, und selbst in Palmyra ist Schnee gefallen. Das Unerhörteste aber ist: selbst die syrische Wüste ist von einer Schneeschicht in Höhe von 25 Zentimeter bedeckt.

Trotzkis Werdegang.

Von Sibirien in den Kreml.

Von Legatus.

Es klingt fast wie ein Treppenwitz der Weltgeschichte, daß Leo D. Trotzki wegen antibolschewistischer Haltung seines Amtes als Volkskommissar des Krieges entsetzt worden ist. Der Mann, der an der Seite Lenins den Bolschewisten in den Sattel geholfen hat, wird von den Parteiinstanzen als ungeeignet zu weiterer Wirksamkeit im revolutionären Kriegsrat erklärt, und es wird ihm gleichzeitig angedroht, daß er auch aus dem bolschewistischen Zentralkomitee entfernt werden wird, wenn er sich weiterhin den Parteibeschlüssen nicht unterwerfen sollte. Man braucht nicht anzunehmen, daß Trotzkis Rolle in Rußland damit endgültig ausgespielt ist; der ungemein zähe und rührige Mann wird seine Sache nicht so leicht verloren geben. So ist diese Kaltstellung eines im Sinne des Bolschewismus sicherlich erprobten Führers wohl nur eine Episode mehr in Trotzkis wechselvoller und abenteuerlicher Laufbahn, die ihn aus dem Dunkel eines harten und entsagungsreichen Lebens plötzlich bis zu ragender Höhe geführt hat, einer Höhe, von der seine Absetzung wohl kaum den Sturz von tarpejischen Felsen bedeutet.

Leo Trotzkis Leben liest sich wie der spannendste Sensationsroman. Der Mann ist heute 45 Jahre alt und hat in wildem Wechsel die seltsamsten Schicksale erlebt. Er ist der Sohn eines wohlhabenden jüdischen Apothekers aus Nikolajew im Gouvernement Scherson also ein Südrusse von milden Gestade der Krim. Sein ungebärdiges Temperament und sein aufrührerischer Geist brachten Leo Dazydowitsch Bronstein — das ist sein eigentlicher Name — schon im Knabenalter in Konflikt mit der Obrigkeit; als fünfzehnjähriger Schüler wurde er wegen Entweihung eines Heiligenbildes vom Gymnasium relegiert. Als Student beteiligte er sich an der südrussischen Arbeiterliga; er wurde, damals 22 Jahre alt, verhaftet und zu vierjähriger Verbannung in Sibirien verurteilt. Vermutlich hatte man schon damals den gefährlichen Agitator in ihm erkannt; denn er wurde nach Werchojansk im Nordosten Sibiriens deportiert, nach dem kältesten Ort der Erde, wo Temperaturen bis zu 70 Grad unter Null vorkommen, und 100 das Erdreich auch während des kurzen Sommers unterhalb einer geringen Tiefe niemals auftaut. Nur wenige Sträflinge kamen aus dieser Eishölle lebend und unversehrt heraus; Trotzki wartete aber nicht ab, bis ihn die furchtbare Einöde der monatelangen Polarnacht und das mörderische Klima gebrochen hatten, sondern er entfloh und gelangte unter den größten Entbehrungen über die russische Grenze. Beim Ausbruch der Revolution von 1905 tauchte er in Petersburg auf, wo er Präsident des Arbeiterrates wurde. Nachdem die Reaktion das Heft wieder fest in Händen hatte, wurde er abermals verhaftet und nunmehr unter Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit nach Ostsibirien verbannt. Kaum ein halbes Jahr später war er abermals in Freiheit. Er hatte seine Wächter überlistet und fand wiederum den Weg ins Ausland. Völlig mittellos tauchte er in Paris auf, wo er sich im Kreis russischer Sozialisten durch schriftstellerische Tätigkeit mühselig über Wasser hielt. In seiner politischen Anschauung war Trotzki damals weit gemäßigter als später; er stand etwa in der Mitte zwischen den Menschewisten und Bolschewisten, und sein Gegensatz zu den Anschauungen Lenins hatte zur Folge, daß Lenin ihn mehrfach in seinen Aufsätzen scharf bekämpfte. Später ging er nach der Schweiz, dem Exil der meisten russischen Revolutionäre, dann wieder nach Wien, wo er sich schon nach seiner ersten Flucht aufgehalten hatte, und nach Berlin. Wie viele andere russische Emigranten verkehrte er häufig im alten Café des Westens, wo sich der junge, blasse Mann mit seinem etwas zu langen schwarzen Haar und Bart kaum von seinen Landsleuten abhob. So mancher hat damals den stets zu scharfer Kritik geneigten, seiner Ansichten mit apodiktischer Sicherheit von sich gebenden Russen kennengelernt, ohne zu ahnen daß er mit dem künftigen Diktator Rußlands am Tisch saß und debattierte. Seine vielseitige Bildung, seine große dialektische Gewandtheit, seine völlige Beherrschung der deutschen Sprache fielen schon damals auf; eines Tages war er auch aus Berlin wieder verschwunden. Die letzte Zeit vor dem Ausbruch des Krieges lebte er wieder in Wien, wo er draußen in Döbling mit seiner Familie eine bescheidene Zweizimmerwohnung teilte. Trotzki war damals schon zum zweiten Male verheiratet; von seiner ersten Frau, einer Jüdin aus seiner Heimatstadt Nikolajew, war er geschieden. In seiner zweiten Ehe mit einer Russin christlichen Glaubens, einer feinen, gebildeten und klugen Dame, hatte er zwei Söhne, die gegenwärtig etwa 18 bis 20 Jahre alt sein werden. In Wien war Trotzki auch über die Kreise der russischen Kolonie hinaus nicht unbekannt, obgleich er ein zurückgezogenes häusliches Leben führte. Immerhin erschien er vielfach in den Versammlungen und bei den geselligen Veranstaltungen seiner Landsleute, wo er oft und gern als Redner auftrat, aber auch ebenso gern mit den jungen Damen tanzte. Im Café „Zentral" in der Herrengasse spielte er oft Schach, und zwar mit einer Hingabe, daß er gelegentlich mit seinen Partnern beim Schluß des Lokals vom Café zu Café zog, nur um eine spannende Partie zu Ende spielen zu können. Manchmal schien im Sommer morgens schon hell und warm die Sonne, wenn Trotzki den Heimweg nach Döbling antrat.

Als Oesterreich Serbien den Krieg erklärt hatte und der Krieg auch mit Rußland nicht mehr zweifelhaft war, verließ Trotzki mit seiner Familie Hals über Kopf Wien, um allen etwaigen Schwierigkeiten zu entgehen und übersiedelte in die Schweiz. Er hatte nicht einmal die Mittel, um seine Wohnungsmiete zu bezahlen, und der Hauswirt legte Beschlag auf einen Teil seines Mobiliars. Der Rest wurde von Trotzkis Wiener Freunden verkauft, und der winzige Erlös wurde ihm in die Schweiz nachgeschickt. Seine wertvolle Bibliothek, sein einziger Besitz, wurde von einem Parteigenossen in einer Anzahl Kisten verpackt und auf einem Speicher in Aufbewahrung gegeben. Trotzki wollte in Zürich das Ende des Krieges abwarten, wurde aber ausgewiesen, weil er öffentlich gegen die deutschen Kriegshetzer auftrat, was der schweizerischen Regierung bei ihrer strengen Wahrung der Neutralität peinlich war. Er ging deshalb nach Paris, wo er eine russische Zeitung herausgab, in der er gegen die russischen und französischen Kriegshetzer wetterte. Das ließ sich natürlich die französische Regierung nicht gefallen und stellte ihm gleichfalls einen Ausweisungsbefehl zu. Trotzki wanderte weiter, nach Spanien, wo es ihm nicht anders erging als in Frankreich und in der Schweiz, weil er sofort gegen die Kriegshetzer in allen kriegführenden Ländern auftrat. So ließ er denn Europa hinter sich und schiffte sich nach Neuyork ein, stets unter den drückendsten Geldsorgen. Er ernährte auch in Amerika seine Familie durch den Ertrag seiner Feder, indem er für russische und jüdische Blätter Artikel schrieb, in denen er seine revolutionären Ideen predigte. Davon konnte seine Familie aber nicht ernähren konnte, so schrieb er auch andere Zeitungsaufsätze, hier und da auch in deutscher Sprache für die „New Yorker Volkszeitung", ein unbedeutendes deutsches Blatt. Auch trat er in der Bowery als Versammlungsredner unter seinen Landsleuten auf und propagierte seine sozialistischen Theorien. Sogar als Filmstatist ließ er sich anwerben, um ein paar Dollars zu verdienen.

Das alles dauerte aber nur ein paar Monate. Als die russische Revolution ausgebrochen war, schiffte er sich mit seinen Angehörigen und einer Anzahl anderer russischer Revolutionäre an Bord eines norwegischen Dampfes ein, um über Christiania und Stockholm nach Rußland zu gelangen. Aber in Halifax wurde er von den Engländern von Bord geholt und festgesetzt. Man erinnert sich, daß darob bei den neuen Machthabern in Petersburg ein Sturm der Entrüstung losbrach, unter dessen Druck die englische Regierung Trotzki die Weiterreise gestatten mußte. Der Mann, der sich für seine Freilassung besonders ins Zeug gelegt hatte, war — Kerenski. Sechs Monate später mußte Kerenski von den Bolschewisten ins Ausland fliehen, und Leo D. Trotzki zog neben Lenin als Diktator in den Kreml zu Moskau ein.

Riesentiere der Urzeit.

Vor einigen Wochen entdeckte eine amerikanisch wissenschaftliche Expedition in der Mongolei Eier von Dinosauriern, woraus hervorging, daß diese antediluvianischen Tiere keine lebendigen Jungen zur Welt brachten, sondern Eier legten. Aus London kommt nunmehr die Nachricht, daß die von Professor Cutler, dem Leiter des britischen Museums, unternommene Expedition bei Tentaguro, in der Gegend des Tanganyka-Sees Skelette von Dinosauriern und Gigantosauriern entdeckt hat, die nach den Versicherungen der Gelehrten viele Millionen Jahre alt sein sollen. Professor Cutler sieht in dem Gigantosaurus das größte antediluvianische Tier, das bis jetzt entdeckt worden ist. Es ist zweimal so lang wie der Diplodoccus, dessen Länge sich über 25 Meter belief.

Hallesches Kunstleben.

Mitteldeutsches Landestheater.

Goges und sein Ring.

Eine Tragödie in fünf Akten von Friedrich Hebbel.

Sittliches Prinzip wird sich nicht nur unabhängig von Naturkräften, sondern auch von moralischen Trieben halten müssen; sittliches Verdienst kann an der Größe des Verzichts auf Lust und Neigungen meßbar sein; Heldentum, höchstes moralisches Verdienst, begreift Zusammenhänge großen Handelns mit tiefstem sinnlichen Schmerz. Der Dichter wird daher in der Tragödie, dem „Trauerspiel", heroischem Handeln den sinnfälligsten Ausdruck verleihen können, ohne den Helden in den Bannkreis mönchisch-asketischer Finsternis zu führen. Hebbel erreicht das in seiner Tragödie „Goges und sein Ring". Den Stoff bot ihm die Fabel aus den Geschichten des Herodot, dessen antik-rauhe Prägung er allerdings im modern-dramatischen Sinne zu wandeln wußte. Der prahlende König Kandaules verschafft dem Goges mit dem unsichtbarmachenden Ringe den nackten Anblick seiner Gattin. Goges erbietet sich zum Tode. Kandaules lehnt ab; die in ihren heiligsten Gefühlen verletzte Königin fordert von Goges den Tod des Unwürdigen, um des Goges Gemahlin zu werden; jedoch mit dem inneren Vorbehalt zum Scheiden aus dem Leben („Nun Brautgewand und Totenhemd herbei!"). Goges siegt, erhält Krone und Königin; Rhodope jedoch, vermählt und entsühnt, tötet sich mit eigener Hand. Ein unerbittliches Schicksal entscheidet den Kampf der drei. „Goges und sein Ring" ist die klassische Tragödie; über ihr ruht ein schimmernder Glanz, der feinfühlige Behandlung, tiefste Verinnerlichung und Durchdringung jeder Rolle gefordert bei gleichzeitigem Wahren in der Bewegung, wenn anders sie mehr erregen soll als ästhetische Gemütsstimmung.

Die gestrige Aufführung des Mitteldeutschen Landestheaters im großen Thaliasaal gestaltete das Stück zu lebendigem Wesen unter gleichzeitiger Wahrung gegebener Grenzen. Franz Klebusch als Kandaules verkörperte packend den Heraklidensproß, zuweilen mit Flammen vorzeitlicher Größe und hellseherischer Kraft. Marianne Coponay war eine Rhodope von bezwingender Schlichtheit und schicksalhafter Seelenstärke. Den Goges gestaltete Ernst Reschke mit aller gebotenen Hartheit, aber auch aller Energie am rechten Ort, um Folgerichtigkeit und furchtbaren Ernst seines Handelns glaubhaft zu machen. Fritz Friendod als Thoas war ein eindringlicher Mahner, Hilde Günther eine herangereifte Lesbia, erst Sklavin, dann schwesterliche Freundin. Irma Bodo als junge Hero und Artur Petraschk als Karna fügten sich glücklich ein.

Die Spielleitung (Ernst Reschke) hat die Milde Hebbelschen Ausdrucks und die harmonische Linienführung der Handlung zutreffend unterstrichen. Sie hat geglaubt, auf jede Belastung des Bühnenbildes verzichten zu müssen und als dessen Steigerung lediglich das Stahlbild zugelassen. Solche Schlichtheit ist unstritten, wird als Ausgleich auch verdoppeltes Leben der Darsteller erfordern. Daß das gestern abend gelang, sei ausdrücklich festgestellt. Die Spielleitung hat daher ihren verdienten Anteil am Ergebnis des Abends.

Die Gesamtaufführung muß als ein Erfolg bezeichnet werden, der das Mitteldeutsche Landestheater als ernsthaften und berufenen Kulturfaktor an den verdienten Platz in der Oeffentlichkeit stellt. Das Publikum verharre in atemloser Spannung und dankte durch langen und berechtigten Beifall. F. Ferchlandt.

Stadttheater. Heute, Freitag, 7½ Uhr: „Eine Abrechnung"; „Schlachtenlenter"; „Die Lore". Sonnabend 7½ Uhr: „Schwanenweiß". Sonntag nachmittag 3 Uhr: „Peterchens Mondfahrt". Abends (zum erstenmal): „Orpheus in der Unterwelt". Montag: „Ein Volksfeind".

Der Strindbergpreis für 1925 wurde am gestrigen 75. Geburtstage des Dichters Dr. Ernst Barthel für sein Buch „Lebensphilosophie" verliehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250123-13/fragment/page=0007

Gewerkschaftliches.

Um die Arbeitszeit im Ruhrbergbau.

Ergebnislose Verhandlungen.

Bochum, 23. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Am Donnerstag fanden in Essen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Bergarbeiterverbände und des Zechenverbandes über die Neuregelung der Arbeitszeit im Ruhrbergbau statt. Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Neue Verhandlungen wurden für Donnerstag, den 29. Januar, anberaumt.

Wie die kommunistischen „Erfolge" aussehen.

Um das in der Gewerkschaftsfrage erlittene vollkommene Fiasko zu verdecken, greifen die von Sinowjews Geist beschatteten „revolutionären Schornalisten" zu den gewagtesten Mitteln. Da den dummen August in der Lerchenfeldstraße für die Nummer vom Dienstag für den üblichen leidvollen Leitartikel die Puste ausgegangen war, legt er sich auf das Geschäft des Weissagens in der Leitartikelspalte. Damit die dort als Einführung in die hellsvolle Weissagung aufgeführten „kommunistischen Erfolge in den mitteldeutschen Gewerkschaften" ja nicht übersehen werden, erschien in fettesten Schriftsatz die Aufzählung der Weltorte Ickeritz, Schildau, Neuroda, Großstreben auf, als Walstatt der kommunistischen Siege bei den Ortsverwaltungswahlen der freien Gewerkschaften. Still und leise ließ man Merseburg, Bitterfeld, Sangerhausen unter den Tisch fallen, weil da die Herrschaften weniger ruhmbekleckert abgezogen sind. Eine echt kommunistische Unverschämtheit aber ist es, sich mit Zeitz als einem Erfolg zu spreizen. Wir versagen uns ein Eingehen auf diesen Punkt, weil unser Zeitzer Bruderorgan das hallische Winkelblättchen mit dem Sowjetstern durch folgende Feststellungen schon zureichend abgetan hat:

„Sieben Kommunisten und nur vier SPD.-Leute sollen in die Zeitzer Ortsverwaltung des Fabrikarbeiter-Verbandes gewählt worden sein. Dabei hat eine solche Wahl überhaupt noch nicht stattgefunden. Wohl sind im Fabrikarbeiter-Verband (Filiale Zeitz) am letzten Sonntag Wahlen zur Vertreter-Generalversammlung, die am nächsten Sonntag stattfindet, vorgenommen worden. Gewählt wurden neun SPD.-Genossen und vier Moskauer. Aus der Niederlage macht der „Klassenkampf" einen Sieg. Es fehlt anscheinend eine weitere Bedingung zu den berühmten 21, nämlich eine, die vorschreibt, daß die „revolutionären Schornalisten" nicht dümmer sein dürfen, als Moskau es erlaubt. Denn wenn schon geschwindelt werden muß, dann bitte — etwas interessanter."

Gewerkschaftsliteratur.

„Arbeit und Volksklassen im Wandel der Geschichte" von Franz J. Furtwängler. Gewerkschaftliche Jugendbücherei Bd. 2 1925. 144 Seiten. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S. 14. Preis 1,50 Mk. — Das Buch versucht auf dem knappen Raum von 144 Seiten die in dem Titel angedeuteten vielseitigen und komplizierten Fragen des sozialen Aufbaues der Gesellschaft und ihrer Arbeitsverfassung im Altertum und Mittelalter in großen Umrissen aufzuzeigen. Nach einem Ueberblick der sozialen Verhältnisse in den morgenländischen Reichen verfolgt die Darstellung im ersten Teil die griechische und insbesondere die römische Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Im zweiten Teil beschränkt sie sich vorwiegend, wenn auch nicht ausschließlich, auf eine Schilderung des deutschen Mittelalters, dessen wirtschaftliche und soziale Eigenart gegenüber der Welt des Altertums klar gekennzeichnet wird. Die Schrift ist als Einführung für jugendliche Leser gedacht. Eine gutausgewählte Zusammenstellung der wichtigsten Literatur bietet Hinweise zu weiterem Studium. Wenn der junge Gewerkschafter an Hand der hier verzeichneten Werke in den schwierigen Stoff tiefer einzudringen versucht, wird es ihm leicht sein, zu einer unbefangenen Würdigung der Verhältnisse der Vergangenheit zu gelangen, die heute mehr als je zur Voraussetzung auch der praktischen Gewerkschaftsarbeit gehört.

Aus der Arbeitersportbewegung.

T.-B. „Die Naturfreunde". Halle (Sportgruppe). Die 1. Handballmannschaft trifft sich am Sonntag mit folgenden Spielern: Brömme, Baldeweg, Werge, Quaksilnik, Hollnack, Künzer, Kohlemann, Hufeneuter Schellenbeck, Richter und Walther Punkt 8 Uhr am Riebeckplatz. Jeder Spieler ist verpflichtet, sein Musikinstrument mitzubringen. Die 2. Mannschaft trifft sich Sonntag früh um 9 Uhr auf der Peißnitz zum Trainieren.

Rundfunk-Programm Leipzig.

Sonnabend, den 24. Januar.

12 Uhr mittags: Mittagsmusik. 4.30 bis 6 Uhr nachm.: Konzert der Hauskapelle. 6.30 bis 6.45 Uhr abds.: Funkbastlerstunde. 7 bis 7.30 Uhr abds.: Reg.-Medizinalrat Dr.Örmann (Dresden): Das schwererziehbare Kind. 7.30 bis 8 Uhr abds.: Weimarer Abend. Prof. Dr. Werner Deetjen, Dir. der Landesbibliothek: „Weimarer Kulturstätten". 8.15 Uhr abds.: Konzert. 1. Beethoven: Sonate A-Dur, op 47 (für Klavier und Geige, Kreuzer-Sonate). Dr. Ernst Latzko und Prof. Robert Reitz. 2. Cornelius: Zwei Duette: a) In Sternennacht; b) Brennende Liebe. Mali Trummer und Friedrich Strathmann. Lieder aus dem Liederzyklus Vater unser: a) Vergib uns unsre Schuld; b) Also auch wir vergeben unsern Schuldigern. Mali Trummer. Lieder aus dem Liederzyklus Trauer und Trost: a) An den Traum; b) Ein Ton. Friedrich Strathmann. 3. Cornelius: „Der Cid", 2. Akt, 5 Szene bis Schluß. Mali Trummer und Friedrich Strathmann.

Verantwortlich für Politik Wirtschaft und Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Gewerkschaftliches und Lokales: G. Kasparek; für Provinz und Sport: Alfr. Wielepp; für den Anzeigenteil Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H. Halle, Harz 42/44

Größte Auswahl
Billigste Preise
Gediegene Ware
finden Sie in
Metall- und Holz-Bettstellen
Fertige Federbetten
Bettfedern und Inlets
Reform-Unterbetten
Stepp- und Daunendecken
Kinderbetten
Chaiselongues und Bett-Chaiselongues 562
nur im
Bettenhaus Bruno Paris
jetzt Kl. Ulrichstrasse 2
Eing. Kanzleigasse, 2 Min. v. Markt

Volkspark
Burastraße 27.
Das eigene Heim
der
Hallisch. Arbeiter

Standuhren
üb. 50 verschiedene Must. stets a. Lager, mit prachtvoll. Gongschlägen, best. Werken verkauft billig mit schriftlich. Garantie
Uhrmachermeister
H. Schindler,
Kleine Ulrichstr. 35

Zentralbibliothek Halle
Burgstraße 27 (Volkspark).
Geöffnet Dienstag u. Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr. — Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhdl. Harz 42/44

Volksblatt-
Bilderbücher
Jugendschriften
Märchenbücher
Buchhandlung

Amtliche Bekanntmachungen

Halle

Tagesordnung
für die Sitzung der Stadtverordneten am Montag, dem 26. Januar, nachm. 4 Uhr.

Oeffentliche Sitzung.

1.—4. Wahlen. 5. 1. Nachtrag zur Grunderwerbssteuer-Ordnung. 6. Grundstückserwerb. 7. Erhebung eines Zuschlags zur Hauszinssteuer. 8. Erhöhung eines Geschäftsanteils. 9. Beteiligung an der Kapitals-Erhöhung der Kraftverkehr-Ges. 10. Festsetzung der Beruftschulbeiträge. 11.—12. Grundstücksverkäufe. 13.—15. Anträge und Gesuche.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Halle, den 21. Januar 1925.

Der Stadtverordnetenvorsteher
Hutte.

Socken
KLBerlin 2
billigst
481

Trikotagen, reinwollene Damen-, Herren- und Kinder-Sportwesten, Strümpfe, Handschuhe, Hosenträger, Seiden- u. Wollschals, Sehal u. Mütze usw., nur allerbeste Qualitäten,
kaufen Sie äußerst billig,
da kein Ladengeschäft. Händler u. Wiederverkäufer erhalten Vorzugspreise. 423
Else Wolffberg
Halle, Steinweg 18, eine Treppe rechts

Uhren, Gold- und Silberwaren
Trauringe
188
kaufen Sie vorteilhaft bei
G. Schraut, Uhrmacher,
Schmeerstr. 4. Halle a. S. Schmeerstr. 4
Beachten Sie meine Fenster!
Reparaturen billigst.

Stadtanleihen
Pfandbriefe
zu hohen Preisen gesucht. Angebote unter F. D. Nr. 4009 an die Exped. d. Bl.

Kleine Anzeigen
wie
Käufe
Verkäufe
Stellengesuche
Stellenangebote
Wohnungsgesuche
Heiratsgesuche
Tauschgesuche
Geldgesuche
haben im
„Volksblatt"
großen Erfolg!

Mein
Inventur-Ausverkauf
beginnt
Freitag, den 23. Januar, nachmittags
Paul Ehlert Nfg.
Große Mengen Qualitätswaren in
Merseburg
Entenplan 11
Glas / Porzellan / Steingut / Emaille
Blech // Holz // Haushalt-Artikel
werden zu außergewöhnlich
niedrigen Preisen zum **Ausverkauf**
gestellt.

Gute Reklame
durch inserieren im „Volksblatt" bringt
Gute Geschäfte

Zur Anfertigung von guter
:: Herrengarderobe ::
empfiehlt sich
R. Wagner, Halle a. S.
Lauchstaedter Straße 14
Ein Versuch wird zu dauernder Bestellung veranlassen.

Hausfrauen! Kauft nur in den Geschäften, welche bei uns inserieren

Wir sind billig!
Moderne gestreifte Binder 85 Pf
Gestreifte Bügel-Strickbinder 35 Pf
Breite Gummi-Hosenträger 1,10
Gute Gummi-Sockenhalter 40 Pf.
Hemden mit Doppelbrust
Einsatzhemden 2,75
500
Damenwäsche-Versand
Kl. Berlin 2 Geiststr. 17

Z ZUBAN
Starkst
10 Zigaretten Starkst mit Goldmundstück
3 Schlager
die Marke des anspruchsvollen Kettenrauchers.
Mit Goldmundstück und ohne Mundstück.
G. Zuban
Größte süddeutsche Zigaretten-Fabrik
München

Ata
HENKEL'S SCHEUERPULVER
Mit Ata putzt es sich famos:
Der Ata-Engel-seht doch bloß!—
Will es sogar dazu benutzen
Dem Mond die Nase blank zu putzen!
Ata putzt u. reinigt großartig!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250123-13/fragment/page=0008